

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit der illustrierten Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungsverzeichnis für 1886 unter Nr. 769.)

Zufertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Beitzelle oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureau, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Zum neuen Militärgesetz.

Vor kurzem schon erklärten wir, daß wir an die Auflösung des Reichstags nicht glaubten, da sich ein großer Theil des Centrum für die neue Militärvorlage entscheiden würde. Diese Auffassung wird immer mehr bestätigt, wenn man in parlamentarischen Kreisen sich weiter erkundigt.

Bisher aber war man wenigstens in Bezug auf die freisinnige Partei allgemein der Ansicht, daß sie das Septennat einmüthig ablehnen würde.

Wie man nun aber hört, befinden sich auch in dieser Partei in Bezug auf die Militärfrage allerlei „schwankende Gestalten“, welche vorläufig noch keine bestimmte Stellung eingenommen haben. Dies wird auch durch einige Artikel der „Bosfischen Zeituna“ bestätigt.

Dies Blatt vertritt die „gemäßigte Richtung“ in der deutsch-freisinnigen Partei, oder besser der schwankenden Richtung. Dasselbe ist so recht nach dem Herzen der Herren Richter und von Jordanbeck geschrieben, welche eine bestimmte Stellung zum neuen Militärgesetz ablehnen.

Die „Bosf. Ztg.“, welche noch vor kurzer Zeit eine ziemlich scharf ablehnende Stellung in der Militärfrage angenommen hatte, ist nun zu einer bessern Einsicht gekommen und bemerkt, daß es Pflicht eines jeden Patrioten sei, die Vorlage ernsthaft auf ihren Inhalt zu prüfen, das Annehmbare anzunehmen und nur diejenigen Punkte durch Ablehnung auszuschneiden, welche nach reiflicher Erwägung dem Lande nicht zum Vortheil gereichten. Welche Punkte dies sind, davon redet die „Bosf. Ztg.“ vorläufig nicht.

Sie deutet nur darauf hin, daß sämtliche Volkvertreter, die es mit dem Vaterlande wohl meinen, dafür Sorge tragen müßten, daß das Deutsche Reich jezt, wo von allen Seiten Stürme drohten, nicht wehrlos dastehe.

Ganz dasselbe aber sagen die nationalliberalen und konservativen Blätter, ganz dasselbe wird man bei den Beratungen des Militärgesetzes von der Ministerbank hören, von der aus natürlich die Annahme des ganzen Gesetzes verlangt wird.

Einige konservative Blätter erklären die Vorlage auch lediglich aus der düsteren politischen Situation. Darauf allerdings bemerkt die „Bosf. Ztg.“ mit Recht, daß die militärischen Folgen des neuen Gesetzes erst in einigen Jahren eintreten könnten, während, wenn man augenblicklichen Feinden gegenüber stehe, eine ganz andere Vorlage gemacht werden müßte.

So befindet sich das freisinnige Blatt in einem sehr bedenklichen Widerspruch: „Alle Patrioten müssen für Theile der Vorlage stimmen, um

das Vaterland außer Gefahr zu bringen; die Folgen der Vorlage aber treten erst nach Jahren in Kraft.“

Man sieht also, daß das neue Militärgesetz gar nicht an denjenigen Patriotismus appellirt, welcher das Vaterland schützen soll, sondern an denjenigen, welcher durch immer größere Armeeentfaltung der reaktionären Strömung, in der wir uns leider befinden, zu Diensten steht.

Daß ein fortgesetztes Septennat aber der Reaktion dient, liegt auf der Hand, weil dadurch die Macht der Volkvertretung geschwächt, die Macht der Regierungsgewalten aber gehoben wird. Der Reichstag giebt wiederum sein Budgetbewilligungsrecht in der wichtigsten Frage auf sieben Jahre preis und liegt förmlich gefesselt zu Füßen der verbündeten Regierungen. Dadurch wird sein Ansehen in der That nicht erhöht und er sinkt immer mehr herab von einem gesetzgebenden Körper zu einer reinen Sprechmaschine.

Aber es liegt auch in der Stärkung des Militarismus überhaupt schon ein großes Stück Reaktion. Die Werke des Friedens und des gesunden Fortschritts gedeihen schlecht in so schwerer Kriegsrüstung, die Finanzkraft des Landes wird brach gelegt und das Volk selbst seufzt unter schwerem Drucke.

Dafür aber hat die Majorität des gegenwärtigen Reichstags keine Empfindung.

Schon das eine Wort: Auflösung treibt ihn in die Arme der Reaktion, als ob er das Volk fürchte.

So wird sich das bejammernswürdige Schauspiel wiederholen, wie bei den letzten Beratungen über das Sozialistengesetz, daß zuerst von der Opposition kräftige Reden gehalten werden, die aber bei den Schlußabstimmungen in eitel Rauch aufgehen.

Die Fraktion des Centrum wird sich sicher spalten und von der deutschfreisinnigen Partei werden Theile abdröckeln, die dann dem Militarismus zu einem großen Siege über die Freiheit und das Volkswohl verhelfen.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage. Heut wurde die Debatte der Militärvorlage durch eine längere Rede des Kriegsministers eingeleitet. Derselbe malte grau in grau, wenngleich er auch betonte, daß eine augenblickliche Kriegsgefahr nicht vorliegt. Aber Vermehrung der Präsenzstärke im Friedensstande sei nothwendig, weil die Nachbarländer ebenfalls ihre Heere verstärkt hätten und bei der keine Garantie auf dauernden Frieden bietenden Situation erwarte er, daß der Reichstag sich seiner

Pflicht, das Vaterland zu schützen, bewußt sei, die Vorlage sehr schnell in einer Kommissionsberatung erledige und dieselbe noch vor den Ferien entgeltlich zum Gesetz zu erheben und dieses dem deutschen Volke als Weihnachtsgeschenk in die Heimath mitbringen werde. Auf den Kriegsminister folgte Herr Eugen Richter mit einer zwar sehr langen, aber um so inhaltsloseren Rede, als deren Sinn man annehmen darf, daß die deutschfreisinnige Partei nur etwas Zeit gewinnen will, um dann die Vorlage anzunehmen. Wo war die Frische des Redners geblieben? Dede und Bleiern machte er den Versuch, den Rückzug seiner Partei zu maskiren, und die Furcht, bei den bevorstehenden Wahlen dem niederschmetternden Vorwurf, das „Vaterland wehrlos zu machen“, zu erliegen, klang aus den Worten des Redners deutlich heraus. Die Militärvorlage wird das Grab werden, in welches die deutschfreisinnige Partei ihr Restchen politischen Muthes feierlich einsetzt und alle Redensarten vom „Volkrecht“, der Nothwendigkeit jährlicher Feststellung der Friedenspräsenzstärke“ werden zerschellen an dem kleinlichen Gedanken, die Mandate um jeden Preis halten zu müssen. Auslöschungsfurcht braucht Niemand mehr zu haben, Herr Eugen Richter und seine Mannen sorgen schon dafür und die Regierung wird nur bedauern, daß sie statt 41 000 Mann mehr Militär nicht die doppelte Anzahl gefordert, und an dem „Aeternat“ nicht festgehalten hat. Alles in Allem, es war die schwächste Rede, die Herr Richter jemals gehalten hat; die Deutschfreisinnigen marschiren in stottem Tempo ihrem eigentlichen Ziel „der Reaktion“ tapfer zu. Nach dem deutschfreisinnigen Redner bestieg ein Kavallerie-Oberst das Rednerpult, pardon die Tribüne und kommandirte: „Vorwärts! los!“ nicht lange besinnen, annehmen. Die Vorlage wird an eine Kommission gehen; dort wird geredet, vielleicht auch eine Kleinigkeit abgehandelt werden und vom 1. April nächsten Jahres an singen 41 000 Bürger mehr das schöne Lied: „O welche Lust, Soldat zu sein“, und das deutsche Volk zahlt dafür jedes Jahr die Kleinigkeit von 24 Millionen Mark.

Ein Börsengewitter sammelt sich über dem Haupte des Finanzministers v. Scholz, der neulich den großen Kapitalisten bekanntlich Defraudation der Börsensteuer vorwarf. Heute meldet der „Börsen-Courier“ wieder: „Der Rückzug, den Herr v. Scholz in der vorgestrigen Reichstagsdebatte bezüglich seiner Aeußerungen über die Börsensteuerdefraudation anzutreten versuchte, hat in den Kreisen der Interessenten keineswegs befriedigt, weil trotz der Abkündigung, die Herr v. Scholz seinen ersten Auslassungen zu geben versuchte, der Kern derselben, daß

Auf diese unerwartete Antwort vermochte Ernst nichts zu erwidern. So war alles umsonst? fragte er sich. Nein, nein! Er mußte sie hindern; sie mußte vernünftig werden.

Der Rebel hatte über die Sonne gesiegt, sie war ganz verschwunden und Dunst und Schatten herrschten überall. Graue Wolken deckten den Himmel und ein feiner, durchdringender Regen rieselte nieder. „Ein früher Herbst“, sagten die Leute und spannten die Schirme auf.

Anna und Ernst hatten die eigentliche Stadt verlassen; die Stadt mit ihren grauen, eingeschachtelten, spießbürgerlichen Häusern, mit ihren Straßen, die so eng und winkelig waren, wie die verzwickte Seele eines rechnenden Kleinträmers; mit ihrer Universität, die keinen Hauch frischer Lebens in ihre Mauern getragen hatte, mit ihrem mittelalterlichen Rathhaus und ihren vielen Kirchen, deren spitze Thürme in dem Rebel- und Wolkenschleier verschwanden. Die Vorstadt that sich auf, und als das Paar in eine Seitengasse einbog, erschien in der Ferne eine Brücke vor ihnen, die den Fluß überspannte, der die Stadt durchschnitt. Es war sehr einfach in den Straßen, die zu dieser Brücke führten. Der Regen verschlechte alles; nur wenige Arbeiterfrauen kamen aus den Hausthüren mit Körben am Arm heraus, in denen sie ihren Männern das Mittagessen zutrug; sie zogen die Umschlagtücher fest über den Kopf zusammen und liefen eilig in den Regen hinein, der immer dichter niederfiel.

Eng an einandergeschmiegt gingen Anna und Ernst dahin. Er zermartete sich den Kopf nach einem rettenden Gedanken und das Stillschweigen war ihm unheimlich, in dem sie sich befanden. Doch hatte er den Muth nicht, es zu unterbrechen. Anna war in sich versunken und dachte fortwährend an jene Dämmerstunden, in denen Ernst ihr auf der Treppenstufe seine Märchen erzählt hatte. Er war wieder der strahlende Held, der Gott, zu dem sie bewundernd aufschah. Ihre schwärmerisch angelegte Natur verfertigte sich in eine Art von Verzückung bei dem Gedanken, mit ihm zusammen zu sterben, mit ihm, der von allen Schladen gereinigt, für sie das Ideal eines Mannes war. Vergessen hatte sie, daß

„Bist Du fertig?“ sagte Anna und rieb sich wie schlaftrunken die Augen, während sie aufstand. „Wie häßlich und trübe ist es hier in Deinem Zimmer,“ und sie schauderte zusammen.

„Ach, die Wohnung ist doch ganz angenehm hier,“ meinte Ernst, „für zehn Mark kann man nicht mehr verlangen.“

Anna hatte sich in seinen Arm gehängt und so schritten sie die knarrenden Treppen hinab, Ernst mit dem Wäschebündel in der Hand und im Herzen die geheime Furcht, daß irgend ein Hausbewohner ihnen jezt begegnen würde. Er athmete auf, als sie sich auf dem Bürgersteige befanden und gleichgiltig über die Richtung die Straßen entlang schritten.

Das Pflaster war feucht; aus seinen Ritzen quoll der Schmutz als klebrige, zähe Masse hervor, in welcher der Fuß ausglitt. In dem dichten Rebel, der die Luft füllte, hing die glanzlose, rothe Scheibe der Sonne, einem Herdfeuer ähnlich, das zum letzten Mal aufblüht, bevor es von den Rauchwolken erstickt wird.

Als Anna und Ernst eine Zeit lang gewandert waren, nahm er allen Muth zusammen und begann ihr auseinanderzusetzen, wie falsch es sei, zu verzweifeln und finsternen Plänen nachzuhängen. Der nächtliche Auftritt sei ein Wendepunkt gewesen, nach dem sich ihr Verhältniß zum Vater gewiß besser gestalten würde.

Da Anna seinen Redestruß garnicht unterbrach, so nahm er ihr Schweigen für Zustimmung, oder doch wenigstens für ein Zeichen, daß sie ruhiger zu denken angefangen habe. Um die Wirkung seiner Worte zu verdoppeln, wiederholte er seine ganze Rede.

„Nun, Annetchen, was sagst Du dazu?“ fragte er zum Schluß gespannt.

Ein halbes Lächeln flog wie ein Sonnenstrahl über ihr Gesicht, in ihren Augen blitzte es wie ein fröhlicher Gedanke auf, er fühlte ihren festen Händedruck und sie sagte: „Du guter Ernst, das sagst Du nun alles nur, weil Du mich prüfen willst; aber nicht wahr, das siehst Du doch ein,“ und die Thränen traten ihr in die Augen, „wir beide können nicht anders glücklich werden.“

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Ein Sprung.

Novelle von Curt Baale.

(Schluß.)

Ernst hatte inzwischen eine alte Zigarrenkiste mit Putzzeug hervorgezogen, um seine Stiefel zu reinigen. Er spuckte in die Widschschachtel, hantirte mit den Bürsten herum und in der Schwippthe bei seiner Arbeit. Es war zum Verzweifeln, kein rettender Gedanke wollte ihm einfallen.

Hatte Anna etwa die Absicht gehabt, bei ihm zu bleiben und mit ihm zusammen zu wohnen. Er kam erst jezt auf die Möglichkeit eines solchen Planes. Aber sie hatte ja nichts davon gesprochen und mit Vermuthungen wollte er sich nicht quälen. So verständig war sie sicherlich selber, um einzusehen, daß es im wirklichen Leben nüchterner zu gehen, als in Romanen und Feengeschichten. So dumm konnte sie nicht sein, um nicht zu wissen, daß er niemals eine Anstellung als Pastor später bekommen würde, wenn er in wilder Ehe mit ihr lebte! Wovon sollten sie auch existiren? Sollte er sein Studium an den Nagel hängen? So egoistisch konnte Anna nicht sein, um eine solche Forderung zu stellen, denn wenn er sie erfüllte, so würde er Schreiber werden müssen, oder sonst so etwas und sein Lebenslang würde er zusammen mit ihr hungern. Hungern! ... Zum Hungern hatte er gar kein Talent und das durfte Niemand von ihm verlangen. ... Daß er sich überhaupt mit solchen Vermuthungen quälte! ... Es konnte ihm ja genügen, daß sie kein Wort davon gesprochen hatte.

Es kostete Ernst eine kleine Anstrengung, sich mit diesem Trost zu beruhigen. Immer wieder sagte ihm eine leise Stimme, daß er sich selber beläge und daß Anna sicherlich habe bei ihm bleiben wollen. Seine innere Unruhe wurde noch größer, es schien ihm, als sei die Luft in dem Zimmer schwer und als trage sie einen Ansteckungsstoff der Aufregung ihm zu, der von Anna ausging. Er mußte ins Freie, wenn er klaren Kopf behalten wollte.

nämlich die Einnahmen des Reiches durch Defraudationen um einen nennenswerten Betrag gekürzt würden, aufrecht erhalten bleibt. Wie an der Fondsliste, so ist nun auch an der hiesigen Produktentabelle in Folge dessen die Initiative dazu ergriffen worden, das älteste Kollegium anzugeben, die zur Wahrung der Ehre des Handelsstandes gegen solche Anschuldigungen notwendigen Schritte zu thun. — Es wäre nicht unmöglich, daß Herr Scholz die Macht der Börsen- und Handelsfürsten in sehr unangenehmer Weise fühlen könnte — und wenn er mit seiner Behauptung noch so Recht hätte. Hier entscheidet die Macht, und die Macht der Börse hat noch niemand ungestraft verkannt.

Sozialistisches. Aus Frankfurt a. M., 1. Dezember, schreibt man verschiedenen Blättern: Die Massenverhaftung hiesiger Sozialisten hat dem Untersuchungsrichter, welcher die Untersuchungen vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein immer vernimmt, viel Arbeit gebracht, deren Beendigung sobald noch nicht zu erwarten steht, da täglich neue Verhaftungen stattfinden. Bis heute sind etwa fünf und vierzig Personen in Haft, welchen allen eine Uebertretung der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches zum Vorwurf gemacht wird. Einer der Verhafteten, der in Kaiserlautern festgenommene Herausgeber des konfessionellen Mannheimer Blattes „Der Bionier“, Alexander Rapp, war arretirt und hieher gebracht worden, weil er die Todesanzeige des Sozialisten Schäfer, welcher bekanntlich in dem Augenblicke, als er verhaftet werden sollte, auf die Strafe fürzte, verfaßt und im hiesigen „General-Anzeiger“ mit der Unterschrift: „Die Frankfurter Sozialdemokratie“ veröffentlicht hatte. Rapp richtete gegen seine Verhaftung eine Beschwerde an die Strafkammer und führte aus, daß er sich am Todestage des Schäfer nur vorübergehend zum Besuche seiner Eltern in Weidenhausen aufhalten, auf Bitten seiner Genossen die Todesanzeige verfertigt, aber sonst mit der ganzen Angelegenheit nichts zu thun habe. Die Strafkammer hielt das gegen Rapp beigebrachte Material nicht für genügend, um seine Haft gerechtfertigt erscheinen zu lassen und verfügte seine Entlassung. Die Untersuchung in dieser Sache wird jetzt von Herrn Dr. Fabricius geführt, welcher seiner Zeit die Ueberführung des Mörders des Polizeiraths Dr. Kumpff zu Wege brachte. — Die „Magd. Hg.“ spricht übrigens von Massenverhaftungen von „Nihilisten“ in Frankfurt! — Die Sozialdemokraten in Forth i. L. haben sich, wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, der Leitung des dortigen Konsumvereins bemächtigt. Sie haben es bei den Vorstandswahlen durchgesetzt, daß der aus vier Mitgliedern bestehende Vorstand vom 1. Januar 1887 ab drei Sozialdemokraten, und der aus neun Mitgliedern bestehende Aufsichtsrath sechs Sozialdemokraten erhalten wird. Angesichts dieses Vorganges beantragen nunmehr mehrere hundert gesinnungstüchtige Mitglieder des Konsumvereins die Berufung einer Generalversammlung zum Zwecke der Auflösung des Konsumvereins, da sie befürchten, die Polizei werde bei der ersten besten Gelegenheit den Verein mit seiner sozialistischen Spitze auf Grund des Sozialistengesetzes auflösen!

Zur Eroberung des dritten Hamburger Reichswahlkreises schiden sich die Sozialisten an. In Cuxhaven haben sie am Sonntag ein Flugblatt verbreitet: „Was hat die ländliche Bevölkerung von der Sozialdemokratie zu erwarten? Vielleicht geht der nationalliberalen Partei das einzige Mandat, welches sie in Hamburg noch besitzt, sehr bald an die Sozialdemokraten verloren.“

Ein Gesehentwurf, betreffend die Ueberwachung und Auflösung öffentlicher Versammlungen, ist der „Post. Hg.“ zufolge dem Landtage für Neuchâtel zugegangen. Bisher war Neuchâtel mit gesetzlichen Bestimmungen dieser Art noch nicht besetzt.

Ueber die Spremberger Prozesse schreibt ein alter Beamter dem „Reichsfreund“: „Geradezu unerhört muß ich es bezeichnen, wenn nach der politischen Gesinnung dieser meist zwischen 17 und 22 Jahr alten Angeklagten geforscht wird, wenn sie selbst danach gefragt werden, wenn die Polizei ihre schließliche nach ganz fleinlichen Gesichtspunkten zusammengestellten Listen vorbringt. Gehören denn Jungen von 17 bis 20 Jahren schon einer politischen Partei an? Was würden die Eltern dazu sagen, wenn man die Primaner, Sekundaner oder Tertianer eines Gymnasiums, die sich in gleichem Alter wie die Spremberger Spinnerjungen befinden, nach einem Schülerunfall vor Gericht nach ihrer politischen Farbe fragen wollte, wenn man sie feig schelten wollte, weil sie sich nicht als Sozialdemokraten oder Alerikale oder Konservative bekennen wollten? Wir zweifeln gar nicht daran, daß es Zeiten gegeben hat und daß sie wiederkehren werden, wo auf Befragen eine ganze Gymnasialklasse sich zur Republik, oder zur rothen Republik, oder zur Sozialdemokratie bekennet, zu andern Zeiten vielleicht zum Antisemitismus, zur Centrumspartei, oder zur rothen Reaktion, zum Absolutismus. Hat man denn jene scheußlichen Demagogenvorfahrungen vergessen, unter denen so viele hoffnungsvolle Jünglinge zu Grunde gegangen sind? Oder ist etwa ein Unterschied vorhanden, wenn es gilt, Söhne gebildeter Eltern oder Arbeiterkinder, Spinnerjungen zu verurtheilen? Den Gedanken einer Balkanföderation befürworten

er sie unfreundlich empfangen, daß er ihr den empörenden Vorschlag einer Veröhnung mit dem Vater, einer Rückkehr nach dem elterlichen Hause gemacht hatte, daß sie vor wenigen Stunden beinahe zu der Ansicht gelangt war, er sei feige und schlecht; sie hatte alles vergessen, nur sein Wort nicht, mit ihr zu leben. Sie hatte keine klare Vorstellung davon, was der Tod eigentlich sei, er erschien ihr jetzt nicht als Schmerz, sondern als unermeßliche Seligkeit, wollüstige Freude, trunkenes Vergessen, seliges Hinschwinden im Kusse des Geliebten.

Sie standen auf der Brücke. Der Regen hatte das hölzerne Geländer feucht gemacht, auf welches Anna sich stützte. Durch den Nebel, der über dem Flusse hing, sah sie die schwarze, träge Masse des Wassers, das wie in einem Sumpf zu stehen schien. „Was wollen wir denn?“ murmelte Ernst an ihrer Seite und blickte trübseelig in die graue Nebelschicht.

Anna überhörte seine Worte, sie warf einen raschen Blick um sich; es war kein Mensch außer ihnen da. Da zog sie Ernst an sich, umarmte und küßte ihn leidenschaftlich. „Zugleich und zusammen“, sagte sie. „Komm schnell auf das Geländer!“

Wie er das Wort hörte und ihren unerhörten Entschluß sah, war es ihm, als würden ihm plötzlich die Beine weggerissen und er taumelte zurück.

„Du willst? . . . Nicht doch . . . Nicht doch . . .“

Anna . . . ich meinte das nicht so!“

Anna stand mit bleichen Lippen da. Sie starrte Ernst einen Augenblick wie geistesabwesend an; sie begriff den Sinn seiner Worte nicht.

„Du willst nicht? Willst nicht . . .“ wiederholte sie mechanisch.

„Komm, komm“, murmelte er, und er faßte sie am Arm und führte sie zurück nach der Straße zu.

Sie folgte ihm zuerst wie ein gehorsames Kind. Sie wußte nicht, wo sie war, wer er war: sie ging.

Da, ein plötzlicher Ruck, und wie Ernst sich wendete, sah er sie laufen, in großen Sprüngen zurück auf die Brücke laufen, wie eine Katze auf das Geländer klettern und dann —

wiederm die „Daily News“. Sie schreiben: Wir haben stets eine Föderation der Balkanstaaten als beste Lösung der Probleme des südöstlichen Europas befürwortet. Eine solche Liga könnte jedoch nicht auf eigenen Füßen stehen. Sie bedarf internationaler Garantien, und die Mächte, welche zu dem Zwecke zusammenzutreten müßten und würden, sind England, Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien. Die Garantiemächte brauchen keine Feindseligkeit gegen Rußland zu zeigen, so lange Rußland nicht versucht, nach napoleonischer Art freie Gemeinwesen umzugestalten, in deren Angelegenheiten einzugreifen es kein Recht hat. In dem Dezemberheft von Blackwood's „Magazin“ legt Herr Boden-Powell mit gewichtigen Gründen die Bedeutung dieser Föderation dar. Die fünf Millionen Rumänen“, schreibt er, „die zwei Millionen Serben und die zwei Millionen Bulgaren wissen, daß sie jeden Augenblick eine Beute der Großmächte werden können. Auf der Landkarte erscheint Rumänien als ein unglückliches Anhängsel Rußlands, und Serbien scheint wirklich zur österreichischen Monarchie zu gehören. Hat Rußland Borna und Oesterreich Saloniki, so sind die Hoffnungen dieser Staaten vernichtet, und dennoch haben sie zehn Millionen Einwohner zusammen und können gemeinsam 400 000 Soldaten ins Feld stellen.“

Nach dem statistischen Bericht der Reichspost- und Telegraphenverwaltung für das Kalenderjahr 1885 ist die Gesamtsumme der durch die Post beförderten Sendungen gegen das Vorjahr von 1716 auf 1811 Millionen gestiegen, darunter 736 Millionen Briefe, 231 Millionen Postkarten, 220 Millionen Drucksachen, 18 Millionen Waarenproben, 56 Millionen Postanweisungen. Die Zahl der Briefe hat um 5 pCt., die Zahl der Postkarten um etwa 8 pCt. zugenommen. 426 Millionen Zeitungsnummern wurden durch die Post befördert, das ist etwa 11 Millionen oder ca. 3 pCt. mehr als im Vorjahr. Für das ganze Jahr wurden durchschnittlich an Zeitungen 2 191 244 Exemplare befördert gegen 2 125 000 im Vorjahr. Die Steigerung beträgt also nur etwa 3 pCt. Von den Zeitungen erschienen 42 959 in Bayern und Württemberg, 3166 in Oesterreich-Ungarn, 19 613 in anderen fremden Ländern, die übrigen im deutschen Reichspostgebiet. Die Ziffer der Exemplare, welche in Deutschland an österreichisch-ungarischen Zeitungen gehalten werden, erscheint uns auffallend gering. Der durch die Post vermittelte Geldverkehr belief sich 1885 auf 15 650 Millionen Mark gegen 15 543 Millionen Mark im Vorjahr. Die Steigerung ist nicht groß, was theils mit der zeitigen Lage der Geschäfte, theils auch mit der fortschreitenden Entwicklung des Bankverkehrs zusammenhängen mag. Auf letzteres deutet auch hin, daß die eigentlichen Baarforderungen im Betrage von 11 903 Millionen auf 11 856 Millionen zurückgegangen sind. Immerhin beweist es einen mangelhaft entwickelten Bankverkehr, daß noch Baarforderungen in solchem großen Umfange durch die Post vermittelt werden müssen. Der Postanweisungsvorkehr vermittelte 3335 Millionen Mark. Indes ist in diesem Baarforderungsvorkehr auch der durch Pakete mit Werthangabe vermittelte Verkehr im Werthe von 3585 Mill. Mark enthalten, während Werthsendungen im Werthe von 8271 Millionen Mark durch Briefe mit Werthangabe vermittelt wurden. In Wirklichkeit wird die letztere Vermittlung wohl bedeutend größer sein, da zur Vermeidung der hohen Versicherungsgebühren vielfach niedrigere Beträge deklariert werden, als in den Briefen enthalten sind. Die Zahl der Pakete ohne Werthangabe betrug 82 Millionen gegen 78 Millionen im Vorjahr und das Gewicht dieser Pakete ohne Werthangabe betrug 342 Millionen Kilogramm gegen 321 Millionen Kilogramm im Vorjahr. Von den innerhalb des deutschen Reichspostgebietes beförderten Paketen waren 79 pCt. im Gewicht nicht über 5 Kilogramm und 96 pCt. im Gewicht nicht über 10 Kilogramm. 255 908 Postsendungen blieben endgiltig unbestellbar. Zu den Mängeln der Statistik gehört, daß auch diese Zahl Jahr aus Jahr ein eine nahezu unveränderte bleibt; im Vorjahr betrug sie 254 753. Bei 23,3 pCt. dieser Fälle wurde der Absender ermittelt, war aber nicht aufzufinden, in 8,02 pCt. dieser Fälle konnte der Absender wegen undeutlicher oder unvollständiger Unterschrift nicht ermittelt werden. Auch dieser Prozentsatz hat sich gegen das Vorjahr (8 pCt.) kaum verändert. Die Mehrzahl der unbestellbaren Sendungen aber rührt daher, daß der Absender sich nicht genannt hat, 57,8 pCt. (gegen 57,7 pCt. im Vorjahre). Im Telegraphenbetriebe ist die Länge der Linien von 68 387 auf 71 618 km gewachsen, das ist eine Vermehrung um 4,72 pCt. Die Vermehrung der Drähte beträgt dagegen nur 3,49 pCt. Die Zahl der Telegraphenanstalten, 11 756 gegen 10 865 im Vorjahr, hat sich um 8,2 pCt. vermehrt. Die Zahl der Telegraphenanstalten mit Fernsprechtbetrieb hat sich von 2582 im Jahre 1884 auf 3170 vermehrt. Die Zahl der aufgegebenen Telegramme hat nicht entfernt in demselben Umfange zugenommen, das Wachstum beträgt nur 1,51 pCt., nämlich 17 484 417 gegen 17 223 505 im Vorjahre. Das Publikum hat sich immer mehr daran gewöhnt, bei den Telegrammen sich kurz zu fassen. Durchschnittlich entfiel das Telegramm nur 11,66 Worte, gegen 11,74 im Vorjahre. Die neue Minimaltaxe für Telegramme wird dagegen wieder ungewisselhaft auf die Ausdehnung der Wortzahl bei kürzeren Telegrammen hinwirken.

Es war ein schrecklicher Schrei, der sich aus seiner Brust lösch, ein Schmerzensschrei, ein Hilfschrei, er wußte es nicht.

Er stand an der Stelle, wo sie vorhin noch gewesen, wo ihre Gestalt eine Sekunde lang sich hoch ausgerichtet hatte, er glaubte ihre vernehenden Gewänder noch zu sehen, noch zu fassen, das Klatschen des Wassers noch zu hören, und sah in den Nebel hinein, den grauen Nebel, der den Fluß bedeckte.

Aus Kunst und Leben.

Zeitgemäßer Vergleich. Das „Schwarze Blatt“ bringt unter vorstehender Signatur folgendes:

Sieben Rinder sah ich steigen
Aus dem grünen Schlamm der Spree.
Auf dem breiten feisten Rücken
Lag man „Militärbudget“.
Und sie weideten behaglich
Auf des Staates Areal,
Grasten, trafen, bis der Bauer
Und der Bürger rattenlahl.
Aber eh' sie's aufgeschreit,
Was an Weide noch geblieben,
Stieb' da siegen wohlgenuth
Aus dem Schlamm andere Heben;
Die verschlungen flugs die ersten,
Schwollen auf zu Ungeheuern,
Drachengleich. — Wer sind die Beiden?
„Septennat und neue Steuern!“

Die nördlichste Eisenbahn der Welt. Die Strecke Helsingfors—Uleaborg in Finnland wurde Ende Oktober dem Verkehr übergeben. Ein Mitarbeiter der „Berlingske Tidende“ berichtet über die Eröffnung wie folgt: „Am 27. Oktober reisten wir von Helsingfors ab: ein langer Zug mit 300 eingeladenen Gästen, Senatoren, Beamten, Ingenieuren, Professoren, Vertretern aller der Eisenbahn benachbarten Gemeinden und 30 Frauen. Die 720 Kilometer legten wir so bequem wie möglich, Tag und Nacht auf Staatskosten verpflegt, in 27 Stunden zurück. Ueberall längs des Weges standen Volksschaaren in festlicher Kleidung, jubelnd über den ungewohnten Zug, mit Gesang und Hurrahrufen grüßend, und beim Anbruch der Dunkelheit waren alle Stationen festlich erleuchtet. Als wir

Die Stadt-Fernsprech-Einrichtungen weisen 12 710 Teilnehmer auf gegen 7220 im Vorjahr. Es wurden 13 Millionen Verbindungen gegen nur 6 Millionen im Vorjahr vermittelt. Die Gesamtsumme der Post- und Telegraphenverwaltung hat 172 242 249 M. betragen gegen 166 207 128 M. im Vorjahre. Der Ueberschuß betrug dagegen nur 26 041 217 gegen 26 643 290 M. im Vorjahr. Von dem Ueberschuß gehen nach ab die einmaligen Ausgaben für Postbauten mit 4 538 831 Mark.

Oesterreich-Ungarn.

In Folge der Eingabe des Vereins der Baumwollspinner, betreffend die Nacharbeit in einzelnen Spinnereien, hat der Handelsminister an die Gewerbeinspektoren in den in dieser Sache in Betracht kommenden Ansehensbezirken die Meinung ergehen lassen, bei ihrer Amtsführung der strengsten Beobachtung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen über die Nacharbeit der Frauenpersonen und jugendlichen Hilfsarbeiter in Fabriken ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und auf die Abstellung der vereinzelt vorkommenden Mißbräuche zu dringen, sowie eintretendensfalls die Amtshandlung der zuständigen Gewerbebehörden herbeizuführen.

Rußland.

Der Wiener Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet unterm 29. November: „Ich habe heute einen Brief aus Petersburg erhalten, nach Inhalt dessen in Hofkreisen der Rücktritt des Herrn v. Giers und die Ernennung des Fürsten Lobanow als dessen Nachfolger erwartet wird. Die Stellung des Herrn v. Giers ist nach der kaiserlichen Mission eine äußerst unliebsame geworden, ja sie ist thatsächlich für einen Mann von Herrn v. Giers persönlicher Würde kaum zu behaupten. Man glaubt, daß, wenn immer der Wechsel eintritt, der Nachfolger des Herrn v. Giers zum Kanzler des russischen Reiches gemacht werden wird, welcher Rang Herr v. Giers nicht gewährt wurde. Fürst Lobanow ist bei Allen als „An grand Russe“ bekannt, und er würde die traditionelle moskowitzische Politik im weitesten Sinne ausführen. Diefelbe hat nichts mit dem Panislawismus gemein, aber sie würde durchaus nicht den Weltfrieden fördern.“

Belgien.

Der Bericht über den Antrag Dumont betreffend die Einführung von Eingangszöllen auf Pferde, Rind, Fleisch ist von der Zentralsektion der Kammer einstimmig angenommen worden und bereits vertheilt. Eine protektionistische Mehrheit in der Kammer ist dem Antrage gesichert.

Frankreich.

In Frankreich ist die Harmonie zwischen Regierung und Kammer vorläufig wieder hergestellt. Der Frencinet hat bei der Berathung seines Ressorts die Vertrauensfrage gestellt und die Kammer hat ihm Alles bewilligt, was er wollte. Die Faktion der radikalen Linken war es, die den Ausschlag gab; sie hat den Beschluß gefaßt, das Ministerium Frencinet nicht fallen zu lassen und demgemäß entweder der Abstimmung sich zu enthalten oder gar, wenn nöthig, für die Forderungen der Regierung zu stimmen. In dieser Haltung haben offenbar die Aufstufungsgründe viel beigetragen. Es wurde erzählt, der Senatspräsident habe dem Präsidenten der Republik die Versicherung gegeben, der Senat würde die Auflösung der Kammer bewilligen, und Herr Freney selbst soll jetzt der Meinung sein, daß die Auflösung erfolgen müsse, wenn die Kammer das Ministerium Frencinet nicht am Leben lasse. Einigen Neuwahlen sehen indeß die Radikalen nicht mit besonderem Vergnügen entgegen, und darum zog der flüchtige Flügel die Konsequenz aus der Situation, indem er die Regierung zu stützen beschloß. Herr Frencinet hat jetzt seinen Tonging-kredit bewilligt bekommen; zwar nur mit 24 Stimmen, aber mit einer rein republikanischen Majorität, und das ist schon ein Fortschritt, wenn man bedenkt, daß die Majorität für den Tongingkredit im vorigen Jahre nur 4 Stimmen betrug. Der Kredit für Madagaskar wurde sodann mit noch größerer Majorität bewilligt und volle Einstimmigkeit herrschte bei der Genehmigung des Kriegsbudgets, die wie gewöhnlich glatt vor sich ging. General Boulanger mußte sogar 4 Millionen ablehnen, die man ihm bereitwillig wollte.

Die radikale Linke beschloß, für die Streichung des Kultusbudgets zu stimmen. Da die Rechte und die Mittelpartei eine Mehrheit in der Kammer bilden, so dürften die Kultusaufgaben trotzdem bewilligt werden.

Der Abg. Laguerre hat den Antrag eingebracht, das Versammlungsgesetz dahin zu ändern, daß die Abhaltung wiederkehrender oder ständiger politischer Versammlungen d. h. der sog. „Klubs“, gestattet werde.

Großbritannien.

Viele Konservative verhehlen schlecht ihren Unwillen über die, wenn auch vielleicht nur provisorische Erhebung Sir Robert's Buller's an Stelle Sir Robert Hamilton's zum permanenten Untersekretär für Irland. Der letztere, sagen sie, wäre doch nur ein Home Rule gewesen, wozu General Buller noch obendrein ein unerbittlicher Gegner wirthschaftlicher Gutsherren sei. Es steht zu erwarten, daß die Regie-

der dritten Station südlich vor Uleaborg nahen, stand ein prächtiges Nordlicht im Bogen über der weiten Ebene. In Uleaborg wurden wir feierlich empfangen und mit altgewohnter Gastfreundschaft bei alten und neuen Freunden einquartiert. Am 29. nach dann die neue Eisenbahn für den Handel und Verkehr für eröffnet erklärt. Es geschah dies auf der neuen eisernen Brücke, die über den Ule-Elf gelegt war, der längsten Brücke, die es in Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark giebt. Der Augenblick war ergreifend: das mächtige Zivilisationsmittel der neueren Zeit hatte sich den Weg nahe bis zum Pole gebahnt. Die Sonne schien klar herein, Tausende und Abertausende jubelten. Vor und nach der Eröffnungssprache herrschte eine stille Andacht; alsbald folgten aber der (finnische) Volksgefang und darnach die Hurrahrufe. Nach der Eröffnungsfeier gab die Stadt Uleaborg ein großes Mittagmahl, dann Feuerwerk und Ball in dem neuen prächtigen Rathhause.

Das neueste Element Germanium. Die Chemie feiert jetzt einen ähnlichen Triumph wie die Astronomie am 23. September 1846, als es dem Observator der Berliner Sternwarte, Galle, gelang, an demjenigen Punkte des Himmelsgebölges den äußersten Planeten unseres Sonnensystems, Neptun, aufzufinden, an welchem der geistvolle Leverrier auf Grund seiner Untersuchungen über die Bewegung des Uranus einen unbekanntem Planeten vermuthet hatte. So hatte Wendelesjew vor anderthalb Jahrhunderten das periodische Gesetz aufgestellt, daß die Eigenschaften der Elemente sich in periodischer Abhängigkeit von ihren Atomgewichten befinden. Er hatte an diese Hypothese sehr kühne Folgerungen geknüpft, die sich auf die Voraussetzungen der Eigenschaften noch unentdeckter chemischer Elemente bezogen. Auf Grund dieses Gesetzes hatte er die Existenz eines neuen, noch unentdeckten Elementes vermuthet, welches mit dem Seltium, Titan, Bismuthum, Zinn u. A. zu einer Familie gehört, und eine Reihe ganz bestimmter Eigenschaften besitzen würde. Dieses zu entdeckende Element nannte Wendelesjew „Elastium“. Nun ist es vor Augen Herrn Clemens Winkler gelungen, in einem bei Freiberg i. S. vorkommenden Mineral dem Arggrodit, ein neues Element zu entdecken, welches er Germanium nannte. Nachdem die Untersuchung über das Atomgewicht, die chemischen Verbindungen und das spezifische Gewicht des neuentdeckten Elementes ausgeführt worden sind, hat sich in der That die Uebereinstimmung zwischen der Germanium und dem hypothetischen Elastium ergeben, nachdem auch bereits früher Beobachtungen der Eigenschaften der kurz vorher entdeckten Elemente Gallium und Scandium die Voraussetzungen Wendelesjew's bestätigt hatten.

ung alle Gutsherren veranlassen wird, den Pachtzins herabzusetzen, dagegen, falls dieses geschehen ist, erbarmungslos gegen die Pächter vorgehen wird, welche sich weigern ihre Pacht zu bezahlen. Vorgerichtet gingen 500 bewaffnete Konstabler und zwei Kompanien Infanterie von Longford nach Newtowncashele ab, um 10 Pächter, welche kürzlich der Polizei Widerstand geleistet hatten, zu ermitteln. Das ist die eine Seite der neuen Politik der Regierung. Ein Beispiel der anderen ist, daß der Kreisinspektor von Roscommon den Gutsherren erklärt hat, daß sie auf keinen Weisstand bei den Ermittlungen zu rechnen hätten, wenn sie nicht wenigstens einen Nachlaß von 20 pCt. der nicht richterlich festgesetzten Pacht gewährten. Die Stimmung des Volkes hat sich durch die gerichtliche Vorladung Dillon's nicht gebessert. Es empfing die von Kerry eingebrachten Monatshefte mit Durcharufen.

Der im vorigen Jahre auf Veranlassung der damaligen konservativen Regierung vom Parlamente niedergesetzte königliche Ausschuss zur Prüfung der Ursachen der Handelsstockung in England hat seinen Schlussbericht der Öffentlichkeit übergeben. Der Ausschuss war ein wenig schuazöllnerisch angehaucht; viele seiner Mitglieder gehören der sogenannten „Fair Trade“-Partei an. Nichtsdestoweniger hat er es nicht gewagt, ein einziges Wort gegen den Freihandel zu äußern. Seine Vorschläge zur Abstellung der Ursachen der Handelsstockung bewegen sich in einem sehr engen Rahmen. Die Handelslage wird in dem Bericht wie folgt dargestellt: 1) Es besteht eine sehr ernste Abnahme in dem untauschbaren Werth der Bodenerzeugnisse. 2) Die Produktion fast aller anderen Kategorien von Artikeln hat zugenommen. 3) Die Zufuhr übersteigt den Bedarf. 4) Infolge dessen hat sich der Nagertrag und 5) nicht minder auch der Zinsfuß vom angelegten Kapital verringert. Die Vorschläge des Ausschusses lassen sich wie folgt zusammenfassen: Der zu erstrebende große Zweck, so heißt es, ist, die Produktionskosten zu schmälern (d. h. den Arbeitslohn zu kürzen!), so weit dies mit der Aufrechterhaltung gesunder Qualität und guter Arbeit vereinbar ist. Die Mitglieder des Ausschusses glauben auch, daß die zunehmende scharfe Konkurrenz fremder Länder eine Frage bildet, welche die ernsteste Erwägung der handelstreibenden Klassen in Großbritannien erheischt. „Wir können freilich nicht hoffen, die Führung, die wir früher unter den fabrizierenden Völkern der Welt hatten, in demselben Grade wie bisher zu behaupten. Wenn wir jedoch nicht dieselben natürlichen Vortheile in ihrer vollen Ausdehnung besitzen, wie wir dieselben früher genossen, so haben wir doch dieselben physischen und geistigen Eigenschaften, die uns eine so beherrschende Führung gaben, und die Ausschussmitglieder sehen keinen Grund, warum mit Sorgfalt, Intelligenz, Unternehmungsgestir und Gründlichkeit wir nicht im Stande sein sollten, fortgesetzt fortzuschreiten. Um dies zu thun, müssen wir jedoch augenscheinlich größere Thätigkeit entwickeln in dem Fortschreiten nach neuen Mächten, und größere Bereitwilligkeit, unsere Erzeugnisse dem örtlichen Geschmack und örtlichen Eigentümlichkeiten anzupassen.“ Dieser Schlussbericht beweist sich offenbar ganz in dem Rahmen des leichtesten Manchesterthums; neue Märkte, billigere Produktion, wenn das ganze Wirtschaftssystem heilen könnte, so müßten wir schon längst in der besten aller Welten leben.

Sien.

Der russische „Regierungsbote“ veröffentlicht eine Korrespondenz aus Peking, in welcher mitgeteilt wird, daß es den Amerikanern, Deutschen, Franzosen und Engländern noch nicht gelungen sei, die Chinesen zum Bau von Eisenbahnen zu bewegen. Dann heißt es in dem Berichte wörtlich: „Ungeachtet des Risikos, das die europäischen Konsuln erlitten und des Mißtrauens, das sie in den chinesischen Würdenträgern durch ihre Erpressungen (!) erregten, scheint der Hof von Peking doch von dem Nutzen der Eisenbahnen überzeugt zu sein. Ein Beweis hierfür ist unter anderen folgender Vorfall. Im vergangenen Jahre theilte Li Hung-Tschang in seinem Palais seinen Bekannten und Gästen die Thätigkeit und Bedeutung einer von ihm mitgebrachten Lokomotive mit. Einer von den Besuchern richtete in diesem Anlaß an die Kaiserin-Regentin einen Bericht, in welchem er sie ersuchte, den Bau von Eisenbahnen nicht zu gestatten, „damit nicht die Ruhe der Todten gestört und die schlafenden Seelen geweckt würden.“ Dieser Bericht, ebenfalls ein hoher Würdenträger, wurde seines Postens nach an demselben Tage wegen mangelnden Verstandes abgesetzt.“ — Die Mittheilung beweist übrigens, daß China doch nicht so rückständig ist, wie man vielfach glaubt. Bei uns haben wir noch nie bemerkt, daß ein hoher Beamter wegen „mangelnden Verständnisses“ beseitigt worden wäre.

Gerichts-Zeitung.

Die Führerinnen der Berliner Arbeiterinnenbewegung wegen Verletzung des Vereins-Gesetzes vor Gericht.

Der bereits mehrfach angekündigte Mordprozess gegen die Führerinnen der Berliner Arbeiterinnenbewegung nimmt heute vor dem Forum der ersten Strafkammer des königlichen Landgerichts Berlin I seinen Anfang. Auf der Anklagebank erscheinen: 1. Frau Dr. Marie Hoffmann, geb. Tempel, in Richterstraße wohnhaft, am 5. Mai 1845 in Prag geboren, evangelischer Konfession und bereits wegen Verstoßens bestraft; 2. Frau Pauline Stagemann, geb. Schucht, am 18. Mai 1838 in Niedersdorf, Kr. Landsberg a. W. geboren, evangelischer Konfession und bereits wegen Verstoßens bestraft; 3. Frau Apotheker Emma Iherer, geb. Kothar, am 3. Juni 1857 in Glas geboren, katholischer Konfession, unbestraft; und 4. die unverheiratete Näherin Johanna Jagert, am 5. November 1862 zu Stavenhagen, Kreis Sawerin in Westfalen geboren, evangelischer Konfession und unbestraft. — Die Angeklagten werden beschuldigt: als Vorstandsmitglieder des am 15. März 1885 gegründeten „Vereins zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen“, welcher bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern: a) Frauenvereinen als Mitglieder aufgenommen zu haben, b) mit andern Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten zu sein. Eine solche Verbindung soll der Verein mit dem „Verein der Berliner Mäntelnäherinnen“ unterhalten haben. Beide Vereine sind im Frühjahr dieses Jahres durch Verfügung des kgl. Polizeipräsidenten geschlossen und die Fortdauer dieser Schließung bis zum Erkenntnis in der Hauptliche gerichtliche Angelegenheit angeordnet worden. Seitens der Staatsanwaltschaft sind 25 Polizei-Offiziere, die den verschiedenen Versammlungen des Vereins in amtlicher Eigenschaft beigewohnt haben, als Zeugen geladen. Die Verteidigung hat einige 40 Zeugen geladen. Unter diesen befinden sich: Minister v. Puttkamer, Polizeipräsident v. Nichthofen, Polizeidirektor Krüger, Hofprediger Stöcker, die Abgeordneten Dr. Windthorst und Richter und der Stadtverordnete Tugauer.

Der Andrang des Publikums, unter dem sich viele Damen befinden, ist ein ganz immenser. Den Gerichtshof bilden Landgerichtsrath Brausewetter (Präsident), Landgerichtsrath Wollner und die Landräthe Dieß, Erdmann und v. Dechend (Beisitzer). Die königliche Staatsanwaltschaft vertritt Gerichtsassessor Dr. Meyer, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Arthur Stadthagen. Gegen 9 Uhr Vormittags eröffnet der Präsident, Landgerichtsrath Brausewetter die Sitzung und läßt zunächst die Zeugen eintreten. Unter diesen befinden sich noch die Abgeordneten Singer und Major a. D. Hünze, der Prediger der freireligiösen Gemeinde Schäfer, die aus der Berliner Arbeiterinnenbewegung bekannte Frau Rosa Buge und Fräulein Wabnitz.

Der Präsident theilt mit, daß Minister v. Puttkamer und

Polizeipräsident von Nichthofen dem Gerichtshof angezeigt haben, daß sie nicht erscheinen werden, da dem Herrn Minister Se. Majestät der Kaiser, dem Polizeipräsidenten der Minister des Innern verlag haben, in der gegenwärtigen Angelegenheit Zeugniß abzulegen. Ferner theilt der Präsident mit, daß auch den als Zeugen erschienenen Polizeidirektor Krüger und Polizeihauptmann v. Schöne das Recht, in der gegenwärtigen Angelegenheit als Zeuge aufzutreten, von ihrer vorgesetzten Behörde verlag worden ist. — Vor Verlesung des Verlagsbeschlusses erhebt der Verteidiger Protest gegen die Zuständigkeit des Gerichtshofes, da die Sache eine Schöffengerichtssache sei. Der Gerichtshof beschließt, diesen Protest zu den Akten zu nehmen.

Frau Dr. Hoffmann bemerkte zunächst auf Befragen des Präsidenten, daß sie jede Antwort verweigere, sondern abwarten wolle, was die Zeugen bekrunden werden.

Präs.: Sie haben wohl das Recht, jede Antwort zu verweigern, allein wenn wir die Zeugen vernahmen wollen, dann müssen Sie doch zunächst sich auslassen. Sie werden ja durch die Anklage persönlich in keiner Weise kompromittirt. — Angell. Hoffmann: Nun, ich gebe zu, daß ich Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Interessen der Arbeiterinnen gewesen bin.

Präs.: Es wird Ihnen nun zum Vorwurf gemacht, daß in Ihren Vereinsversammlungen Politik getrieben wurde? — Angell.: Ja, was heißt Politik?

Präs.: Nun, Sie haben in den Versammlungen das Arbeiter-Gesetz, den Normalarbeitslohn u. s. w., erörtert, und waren durch Petitionieren an den Reichstag bemüht, auf die Gesetzgebung Einfluß auszuüben. Gleichzeitig will ich Ihnen bemerken, daß es vollständig gleichgültig ist, ob diese Politik sozialdemokratische, fortschrittliche, konservative oder national-liberale ist. — Angell.: In den Vereinsversammlungen sind die erwähnten Themata nicht erörtert worden.

Präs.: Aber jedenfalls ist dies in öffentlichen Versammlungen geschehen, in denen Sie stets den Vorsitz führten? — Angell.: Ich forderte in den öffentlichen Versammlungen stets auf, ein Bureau zu wählen.

Präs.: Und da wurden Sie stets zur Vorsitzenden gewählt? — Angell.: Das geschah allerdings zumeist, das war doch aber Zufall.

Präs.: Wer berief denn die öffentlichen Versammlungen ein? — Angell.: Jemand ein Mitglied des Vereins.

Präs.: Im April 1885 hielt der Sozialdemokrat Schwennhagen in einer Vereinsversammlung einen Vortrag über den „Emanzipationskampf der Frauen“? — Angell.: Ich wußte nicht, daß Schwennhagen Sozialdemokrat war.

Präs.: Sie scheinen der Sozialdemokratie nicht fern zu stehen. Bei einer bei Ihnen abgehaltenen Hausbesuchung sind eine Anzahl verbotener sozialdemokratischer Schriften bei Ihnen vorgefunden worden? — Angell.: Man hat auch noch eine Anzahl andere Schriften bei mir gefunden.

Präs.: Es ist doch aber sehr eigenthümlich, daß eine Anzahl verbotener Schriften sich bei Ihnen vorfinden? — Angell.: Bei einer Vorlesung eines Arbeiterinnen-Vereins ist doch der Besitz solcher Schriften nicht wunderbar. — Im weiteren bemerkt die Angeklagte auf Befragen des Präsidenten: Die öffentlichen Versammlungen hatten mit den Vereins-Versammlungen nichts gemein, mit andern Vereinen, wie z. B. dem Berliner Mäntelnäherinnen-Verein habe der Verein in keinerlei Verbindung gestanden.

Frau Stagemann giebt zu, die zweite Vorsitzende des Vereins gewesen zu sein.

Präs.: Sie trieben ganz besonders sozialdemokratische Politik? — Angell.: Keineswegs, wir hatten lediglich die Verbesserung des Looses der Frauen im Auge und deshalb wandten wir uns an alle Parteien, so u. a. traten wir auch mit Fräulein Osiander, die der Stöcker'schen Richtung angehört, in Verbindung. Ich persönlich war ganz besonders bemüht, jeden speziellen Partei-Charakter von dem Verein fernzuhalten. Ich wiederhole, unser Hauptbestreben war darauf gerichtet, den Armen zu helfen. So haben wir z. B. stets für arme Kinder Weihnachtsgeschenke veranstaltet, das können wir in diesem Jahre leider nicht thun.

Präs.: Sie geben aber zu, daß in den öffentlichen Versammlungen politische Vorträge gehalten wurden? — Angell.: Ja, allein der Verein hatte mit den öffentlichen Versammlungen nichts zu thun.

Präs.: Die öffentlichen Versammlungen gingen doch aber stets vom Verein aus? — Angell.: Das nicht, Einberufungen waren stets einzelne Mitglieder des Vereins, die nicht zum Vorstande gehörten.

Präs.: Der Verein veranlaßte aber doch die Einberufung der Versammlungen? — Angell.: Allerdings, mit der Einberufung selbst hatte jedoch der Verein nichts zu thun.

Präs.: Welchen Zweck hatten die öffentlichen Versammlungen? — Angell.: Um Propaganda für den Verein zu machen.

Präs.: Sie sollen aber auch mit dem Mäntelnäherinnen-Verein in Verbindung getreten sein? — Angell.: Keineswegs, im Gegentheil, als Fräulein Wabnitz Vorstandsmittglied des Mäntelnäherinnen-Vereins war, verbot ich ihr ausdrücklich den Zutritt zu unseren Vorstandssitzungen.

Präs.: In einer Versammlung, in der Sie den Vorsitz führten, wurde eine Resolution bezüglich des Befähigungsnachweises gefaßt? — Angell.: Das ist richtig, allein ich muß bemerken, daß ich persönlich gegen die Resolution war, ich wurde jedoch von der Versammlung überstimmt, habe in Folge dessen an der Resolution keine Schuld.

Präs.: Die öffentlichen Versammlungen müssen doch mit dem Verein in ziemlich reger Verbindung gestanden haben, es sind ja sogar von der Schriftführerin des Vereins Protokolle über die öffentlichen Versammlungen geführt worden. — Angell. Stagemann: Das hatten die Schriftführerinnen des Vereins nicht nötig, wenn sie es dennoch thaten, so handelten sie jedenfalls nicht im Auftrage des Vereins.

Präs.: Frau Hoffmann, der Verein soll sogar bestrebt gewesen sein, nach Aachen zu ziehen, d. h. durch Entsendung von Agitatoren in anderen Städten Deutschlands, wie Leipzig, Dresden u. s. w. Arbeiterinnenvereine zu gründen. Sie haben das Statut des Vereins sogar nach Zürich geschickt, um auch dort die Gründung eines Arbeiterinnenvereins zu veranlassen? — Hoffmann: Das ist allerdings geschehen, allein dies geschah lediglich von mir persönlich, der Verein hatte mit Alledem nichts zu thun.

Frau Iherer bemerkt auf Befragen des Präsidenten: Ich war Schriftführerin des Vereins und schicke mich den Auslassungen der Frau Dr. Hoffmann und Frau Stagemann an.

Präs.: Sie haben hauptsächlich Sozialdemokraten veranlaßt, in Ihren Versammlungen Vorträge zu halten? — Iherer: Das keineswegs, wir waren im Allgemeinen bemüht, Vortragende zu gewinnen und kümmerten uns nicht um ihre politische Parteistellung.

Präs.: Es haben aber hauptsächlich sozialdemokratische Agitatoren bei Ihnen Vorträge gehalten, so z. B. Singer, Tugauer, Christensen, Schwennhagen u. s. w. — Iherer: Daß Schwennhagen und Christensen Sozialdemokraten waren, wußten wir nicht.

Präs.: Frau Dr. Hoffmann, Ihnen mußte doch die Parteistellung von Christensen sehr wohl bekannt sein. Christensen hat Ihnen einmal geschrieben, er nehme Anstand, in der Versammlung zu sprechen, da dieselbe alsdann sehr bald aufgelöst werden würde? — Hoffmann: Diesen Brief habe ich allerdings erhalten.

Präs.: In einer Versammlung ist auch eine Resolution zu Gunsten des sozialdemokratischen Arbeiter-Gesetzentwurfes gefaßt worden und zwar erfolgte dieser Beschluß auf Veranlassung des Abgeordneten Singer? — Iherer: Ich erinnere

nich einer solchen Versammlung nicht. — Stagemann: Ich habe bereits gesagt, daß ich mich gegen diese Resolution ausgesprochen habe.

Präs.: Angell. Jagert, sind Sie Sozialdemokratin? — Angell.: Ich weiß nicht, was diese Frage bedeuten soll.

Präs.: Sie haben das Recht, die Frage zu verweigern, ich habe aber auch das Recht, diese Frage an Sie zu stellen. — Angell.: Ich verweigere deshalb die Aussage hierüber, da ich der Meinung bin, daß dies nicht zur Sache gehört und daß der Gerichtshof doch unparteiisch urtheilen wird.

Präs.: Letzteres ist selbstverständlich, allein wenn ich eine Frage an Sie stelle, so geschieht dies nicht ohne Grund, die Sache hat eine gewisse Unterlage. Bei einer bei Ihnen vorgenommenen Hausbesuchung ist nämlich vorgefunden worden: 1. Brochüre von Wedel, „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, 1 sozialdemokratisches Liederbuch, die Brochüre „Ceterum censeo“ von Dr. Kraiser, einige Nummern des „Sozialdemokrat“ und noch einige andere Schriften, die sämtlich in Döppingen-Jülich erschienen und sämtlich verboten sind. Ich stelle also nochmals die Frage an Sie, sind Sie Sozialdemokratin? — Jagert: Ich verweigere die Antwort. — Diese Angeklagte schließt sich im Uebrigen den Auslassungen ihrer Mitangeklagten an.

Es wird alsdann zur Verweissung geschritten. Der erste Zeuge ist der Polizeileutnant v. Walsahn: Dieser bekundet auf Befragen des Präsidenten: Er habe mehrere Vereins- und auch öffentlichen Versammlungen beigewohnt. Auf ihn habe es stets den Eindruck gemacht, als seien die öffentlichen und Vereinsversammlungen identisch. Auch in den Vereinsversammlungen seien gewerbspolitische Fragen erörtert worden. In einer Vereinsversammlung wurde von einer Frau Kolbe bemerkt: Der absolute Staat sei dem Parlamentarismus vorzuziehen, denn der Parlamentarismus habe die Prostitution groß gezogen.

Fräulein Wabnitz trat dieser Auffassung entgegen und bemerkte, daß auch Frauen in den Reichstag gewählt werden müßten.

Fräulein Wabnitz, die nunmehr auf Antrag des Verteidigers als Zeugin in den Saal gerufen wird, bemerkt, ehe sie vereidigt wird, daß sie zur freireligiösen Gemeinde gehöre. Der Präsident bemerkt der Zeugin, daß dies den Gerichtshof nicht interessire.

Zur Sache giebt die Zeugin im Wesentlichen die Befundungen des Polizeileutnant v. Walsahn zu, mit dem Bemerkten, daß Alles in gefesselt-freundlichem Sinne geschehen sei. Eine Verbindung haben die verschiedenen Vereine nicht miteinander unterhalten. Sie persönlich sei allerdings bemüht gewesen, eine Veröhnung zwischen den verschiedenen Vereinen herbeizuführen, da die bestehenden Feindseligkeiten ihrer Meinung nach nur künstlich in die Arbeiterinnenbewegung getragen waren. Der Wunsch, daß Frauen in den Reichstag kommen, habe jedenfalls in weiter Ferne gelegen, der Verein habe keinesfalls die Absicht gehabt, diesen Wunsch durchzuführen.

Es erscheint alsdann als Zeuge Polizeileutnant Pfeiffer. Der Verteidiger beantragt, dem Zeugen auf Grund des § 53 der Prozeßordnung die Frage vorzulegen, ob er von seiner vorgesetzten Behörde die Genehmigung erhalten habe, hier Zeugniß abzulegen. — Zeuge: Ich bin vom Herrn Staatsanwalt vorgeladen und es ist mir von meiner vorgesetzten Behörde nicht verlag worden, Zeugniß abzulegen.

Berth.: Ich möchte die positive Antwort haben, ob der Zeuge von seiner vorgesetzten Behörde die Genehmigung erhalten hat, Zeugniß abzulegen.

Präs.: Ich halte diese Frage nach der Erklärung des Zeugen für überflüssig. — Berth.: Dann erhebe ich gegen diese Weigerung Protest und beantrage, diesen Protest zu protokollieren.

Der Gerichtshof beschließt, diesen Antrag des Verteidigers abzulehnen, da dem Verteidiger auf das Protokoll kein Einfluß ausübe.

Die Aussagen des Polizeileutnant Pfeiffer sind ohne Belang.

Polizeileutnant Thale bekundet: Er habe zwischen den öffentlichen und Vereinsversammlungen wohl einen Unterschied herausgefunden.

Polizeileutnant Gladisch: Er habe eine Vereinsversammlung, in der der Abgeordnete Frohme über „Schillers Gedichte“ sprach, ausführen müssen, da der Redner bemerkte, die Gedichte Schillers athmen den Geist der französischen Revolution. Er (Zeuge) habe in diesen Worten, in Verbindung mit anderen Ausführungen des Redners, eine Verherrlichung der französischen Revolution gefunden.

Die Angeklagten bemerken: Frohme habe bloß gesagt: Schillers Gedichte sind bei den Lebenden und Nichtlebenden zu finden, bei den letzteren im Herzen, bei den ersteren im Schranke.

Es wird alsdann noch eine Frau Haase vernommen, die jedoch nichts Neues bekundet.

Alsdann tritt gegen 1 1/2 Uhr Mittags eine halbstündige Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird Polizeileutnant Neumann vernommen. Dieser bekundet: Er habe einer Vereinsversammlung beigewohnt, in der sämtliche Rednerinnen das Glend der Arbeiterinnen in sehr grellen Farben schilderten und die Einführung des Normal-Arbeitstages befürworteten. — Da die seitens der Polizeioffiziere dem Polizeipräsidenten eingereichten Berichte über die in Betracht kommenden Versammlungen nicht zur Stelle sind, so werden sämtliche Belastungszeugen für heute entlassen.

Es erscheint alsdann als Zeuge Hofprediger Stöcker. Dieser fügt dem ihm abgenommenen Eide die Worte: „Durch Jesus Christum zur ewigen Seligkeit“ zu.

Präs.: Herr Hofprediger, der Herr Verteidiger behauptet, daß Sie einmal den Versuch gemacht haben, den Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen zu dem christlich-sozialen Verein hinüberzuziehen? — Zeuge: Das nicht. Frau Iherer ist einmal wegen der Nähgarnrollfrage bei mir gewesen. Ich habe bei dieser Gelegenheit der Frau Iherer gesagt: Es liege im Interesse des Vereins und der ganzen Arbeiterinnenbewegung, wenn Männer, die in den Versammlungen nur Spott trieben, ausgeschlossen würden und wenn sich die Bewegung von der Sozialdemokratie fern hielt; nur solcherart können die Arbeiterinnen etwas erreichen. Frau Iherer stimmte mir zu mit dem Bemerkten: Der Verein habe das Bestreben, alle Politik von sich fern zu halten. Ich habe alsdann noch einige Zeit mit Frau Iherer korrespondirt, ganz besonders über den Nähgarnzoll; sie schickte mir auch einmal eine Rolle Nähgarn ein, ich hatte selbstverständlich als Reichstagsabgeordneter ein Interesse an dieser Frage. Politik war aber bei dieser Korrespondenz ausgeschlossen.

Präs.: Wodurch wußten Sie, daß die Sozialdemokraten sich der Arbeiterinnenbewegung zu bemächtigen suchten? — Zeuge: Weil mir bekannt war, daß die Sozialdemokraten in diesen Versammlungen das große Wort führten.

Präs.: Sie sollen der Frau Iherer gesagt haben, wenn der Verein sich den Christlich-Sozialen zuwende, dann können Sie denselben Unterstützung in Aussicht stellen; Sie sollen die Summe von 1000 M. genannt haben. — Zeuge: Die Thatsache ist richtig, mit Parteiverhältnissen hat aber diese Sache nichts zu thun. Ich habe diese Unterstützung auch dem Mäntelnäherinnen-Verein in Aussicht gestellt. Ich sagte, wenn es sich um Gründung eines Geschäftes handeln würde, dann würde ich eine Unterstützung bis zu 1000 M. beschaffen können. Dies war aber, wie gesagt, etwas rein Praktisches und hatte mit Politik absolut nichts zu thun.

Präs.: Es wird ferner behauptet, daß durch Ihre Vermittlung einer Frau Buge einmal 20 oder 50 M. gegeben wurden.

— Zeuge: Soviel ich weiß, sind diese 20 oder 50 M. durch eine Zettelersammlung in einer christlich-sozialen Versammlung aufgebracht worden, in der ich gar nicht gewesen bin. Frau Buge hatte sich um eine Unterstützung des Mantelnäherinnen-Vereins an uns gewandt. Frau Buge erhielt für die Annahme dieses Geldes in einer Mantelnäherinnen-Versammlung heftige Vorwürfe.

Präs.: Wodurch ist Ihnen bekannt, daß in den Arbeiterinnen-Versammlungen Männer zugegen waren? — Zeuge: Das habe ich aus den Zeitungen ersehen, ich habe deshalb auch eine Versammlung von Arbeiterinnen berufen, in der Männer ausgeschlossen waren.

Präs.: Sie sollen 2 Versammlungen, eine, in der auch Männer Zutritt hatten, berufen haben, um die Arbeiterinnen für Ihre Prinzipien zu gewinnen? — Zeuge: Für meine Parteiprinzipien wollte ich die Arbeiterinnen nicht gewinnen. In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Berliner Stadtmission interessierte ich mich jedoch für diese Bewegung und ich muß sagen: ich hätte ein besseres Resultat gewünscht. Ich betrieb deshalb eine Versammlung der Arbeiterinnen nach dem Stadtmissionssaale, zu der ich außer einigen Zeitungsreportern keinem Manne den Zutritt gestattete. Ich traf auch unter den Zeitungsreportern noch eine Auswahl. Es wurde in dieser Versammlung hauptsächlich die Frage des Nahrungsmittels diskutiert. Eine zweite Versammlung, die ich gegen eine freiwillige Rednerin, Frau Wilhelm, berief, hatte nur einen religiösen Zweck.

Die nächste Zeugin, Frau Fortong, beklagt auf Befragen des Präsidenten: Sie habe oftmals öffentliche Versammlungen einberufen und zwar zu ihrem sehr großen Schaden, denn sie habe alsdann keine Arbeit mehr bekommen. Die gesammelten Gelder wurden stets der Vereinskasse überwiesen. Auf Befragen der Angeklagten gieb die Zeugin zu, daß die Ueberweisung der Gelder an die Vereinskasse stets nur durch Beschluß in den öffentlichen Versammlungen erfolgt ist.

Ein Zeigender: Hatten zu den Versammlungen auch Männer Zutritt? — Zeugin: Leider.

Zeigender: Wurde in den Versammlungen auch über Politik gesprochen? — Zeugin: Nein, das verstanden ja die meisten Frauen nicht.

Zeigender: Woraus entnehmen Sie das? — Zeugin: Ich kenne gar viele Frauen, die die Zeitungen von hinten zu lesen anfangen. Die Zeugin giebt auf weiteres Befragen zu, daß in den Versammlungen über Normalarbeitstag u. debattiert wurde.

Fraulein Chaim und die Frauen Behrendt, Kreuz und Steindorf bekunden Ähnliches. Frau Steindorf bemerkt, ehe sie verurteilt wird, daß sie Dissidentin sei.

Präs.: Das ist dem Gerichtshof sehr gleichgültig. Wenn Sie auch nicht an Gott glauben, so haben Sie hier zu schwören, und wenn Sie einen Meineid leisten, so werden Sie wegen Meineids bestraft. Ihre Erklärung, daß Sie nicht an Gott glauben, kann die Strafe wegen Meineids nicht mildern.

Es erscheint alsdann als Zeugin Frau Leuschner.

Präs.: Wissen Sie, daß auf der Polizei gesagt worden ist: Wenn die Arbeiterinnen Stöcker gefolgt wären, dann wären Sie nicht aufgelöst worden? — Zeugin: Ja, das hat mir Frau Buge erzählt.

Präs.: Wissen Sie, wo: das Frau Buge gesagt hat? — Zeugin: Das weiß ich nicht.

Angell, Stagemann: Die Zeugin muß sich doch erinnern, daß Frau Buge ihr erzählt, auf dem Polizeipräsidium sei zu der Buge gesagt worden, wenn wir weiter so gehandelt hätten, wie in der Tonhallen-Versammlung, wo die Sozialdemokraten hinausgeschmissen worden, dann wären wir nicht aufgelöst worden? — Zeugin: Allerdings, das hat Frau Buge gesagt.

Präs.: Wer das aber zu Frau Buge gesagt hat, wissen Sie nicht? — Zeugin: Nein.

Frau Buge: Als ich einmal auf das Polizeipräsidium beschieden wurde, da sagte zu mir ein Herr, der neben dem Herrn Stand, der mich vernahm: Sehen Sie Frau Buge, wenn Sie nicht den Sozialdemokraten gefolgt wären, sondern so weiter gehandelt hätten, wie in der Tonhallen-Versammlung, dann hätten Sie heute einen großen Verein.

Präs.: Sagte der Herr auch: Wenn Sie sich einer anderen Partei angeschlossen hätten? — Zeugin: Nein.

Präs.: Sagte der Herr: Wenn Sie auf die Juden geschimpft hätten? — Zeugin: Nein, der Herr wies bloß auf die Tonhallen-Versammlung hin.

Präs.: Was geschah denn in dieser Tonhallen-Versammlung? — Zeugin: Eine Anzahl Männer machten Störung, meldeten sich fortwährend „zur Geschäftsordnung“ und deshalb wies ich ihnen schließlich mit Hilfe des Polizeileutenants die Thür.

Präs.: Die Bemerkung auf dem Polizeipräsidium bezog sich lediglich auf den Mantelnäherinnenverein? — Zeugin: Ja.

Präs.: Hat der Mantelnäherinnenverein, dessen Vorsitzende

Sie ja sind, mit dem anderen Arbeiterinnenverein Verbindungen unterhalten? — Zeugin: Nein.

Es erscheint alsdann als Zeugin Frau D. Olander. Angell, Stagemann: Ich frage die Zeugin, ob Sie häufig unsere Versammlungen besuchte und wir die ibrigen, ob wir uns auch privatim häufig besuchten, um den Armen Wohlthaten zu bereiten.

Präs.: Ich weiß nicht, welchen Zweck diese Frage haben soll? — Stagemann: Ich will damit den Beweis führen, daß wir keine Parteipolitik getrieben haben.

Fraulein Olander: Ich kann allerdings die Frage der Frau Stagemann nur bejahen.

Frau Stagemann: Ich frage die Zeugin, ob es wahr ist, daß Sie nebst dem Stadtmissionar Burkert uns gesagt hat, sie würde auch zu unseren Versammlungen kommen, wenn wir die Männer und ganz besonders die Sozialdemokraten von unseren Versammlungen ausschließen. Ich erwiderte: Zu Versammlungen ohne Männer bekommen wir kein Lokal, da, wenn nicht auch Männer in den Versammlungen sind, die Wirtche keine Geschäfte machen. Herr Missionar Burkert versetzte darauf: Dann können ja die Lokale bezahlt werden, auf Geld kommt es uns nicht an. — Fraulein Olander: Es ist möglich, daß dies Gespräch geführt wurde, ich wünschte immer die Versammlungen ohne die Sozialdemokraten, da ich es einmal bedauerte, daß die Arbeiterinnenbewegung sich im Jahrewasser der Sozialdemokratie bewegte und da andererseits die Sozialdemokraten stets Störungen in den Versammlungen machten.

Stagemann: Ich frage die Zeugin, aus welchen Umständen sie schließt, daß die Störenfriede in Volksversammlungen Sozialdemokraten waren, es können ja auch Angehörige anderer Parteien gewesen sein?

Zeugin: Ich hatte den allgemeinen Eindruck, daß es Sozialdemokraten waren.

Präs.: Machte es auf die Zeugin den Eindruck, daß es den vier Angeklagten bloß darauf angekommen wäre, Politik zu treiben, oder ihren Mitschwestern zu helfen? — Zeugin: Auf mich machte es den Eindruck, als wären die Angeklagten nur bestrebt gewesen, ihre Mitschwestern zu helfen.

Es werden alsdann noch einige Entlastungszeuginnen vernommen, die jedoch nichts Neues bekunden.

Alsdann wird die Sitzung gegen 5 Uhr Nachmittags auf morgen (Sonabend) Vormittags 9½ Uhr vertagt.

Theater.

Sonnabend, den 4. Dezember.
Opernhaus. Siegfried.
Schauspielhaus. Minna von Barnhelm.
Deutsches Theater. Der schwarze Schleier.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Viceadmiral.
Wallner-Theater. Die Sternschnuppe.
Victoria-Theater. Amor.
Ostend-Theater. Das neue Gebot.
Reichens-Theater. Georgette.
Central-Theater. Der Waldteufel.
Wellen-Theater. Die schöne Helena.
Walhalla-Theater. Don Cesar.
Königstädtisches Theater. Von Schrot und Korn.
Rauemann's Varietees. Spezialitäten • Vorstellung.
Amerikan-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen • Theater. Spezialitäten • Vorstellung.
Concordia • Theater. Spezialitäten • Vorstellung.

Stadt-Theater.

(Früher Alhambra-Theater.) Wallnertheaterstr. 15.
Heute, Sonnabend:
Extra-Vorstellung.
Gastspiel des Herrn Franz Eragan.
Der Bajazzo und seine Familie.
Schauspiel in 5 Akten von S. C. Desprez.
Herr Eragan.
Madelaine: Frä. Käser.
Dirigent: Herr Kapellmeister Theodor Franke.
Vor der Vorstellung:
Großes Concert,
ausgeführt von der Hauskapelle unter Leitung des Kapellmeisters Hrn. Theodor Franke.
Anfang des Concerts:
Wochentags 7 Uhr, Sonntags 8 Uhr.
Anfang der Vorstellung:
Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 7½ Uhr.
Das Theater ist mit elektrischer Beleuchtung versehen.

Eden-Theater.

(Früher Bouffens Theater.) Dresdenerstr. 72/73.
Zum ersten Male in Berlin:
Neger-Karawane.
(14 Personen.) Anthropologische Schenswürdigkeit.
Mr. Hjaras, Kraftproduktionen an den ind. Ringen.
Brothers Forest, die bedeutendsten musikalischen Clowns.
Wilson und Manthorn, Eccentric-Clowns.
Fiebig's Balletgesellschaft, 12 Damen, 2 Herren.
Fania u. Ludwig Selli, im. Eugen Bodier.
Kasseneröffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Kaiser Panorama.

Passage 1 Tr. 9 Nr. — 10 Nr.
In dieser Woche:
Eine Wander. d. d. Riesengebirge.
Zweite Reise durch das malerische Schottland.
Gertha-Reise. — Carolinen-Inseln.
Eine Reise 20 Pfennig. Kinder nur 10 Pf.
Heute Abend Gänsebraten u. Abendunterhaltung bei Reichmann, Friedrichsbergerstr. 10.
Cigarren, Rauch- und Schnupftabak,
lange und kurze Blubypfeifen, [1211]
echte Wiener Meerschaumpfeifen,
zum Weihnachtsfest Präsent-Cigarren,
Königl. Preuss. Lotterieloose-Antheile
empfehlen **M. Meyer,** Koppenstr. 66.

Fremde, die gewillt sind, für die Wahl Christensen's am Montag mitzuwirken, werden ersucht, sich in der Versammlung, welche am Sonntag in der „Urania“, Wrangelstr. 9, stattfindet, beim Einberufer zu melden.

Billigste Bezugsquelle für Gold- u. Silberwaaren.
Zu Fabrikpreisen empfehle: Ringe, Kreuze, Medaillons, Ohrringe, Broches, Armbänder, Colliers, Herren- und Damenketten, Chemisett- und Manschettenknöpfe, Similischmuck, Granat-, Korallen- und Silberschmuck, Trauringe in Dulatengold, auch in 14 Karat. Golde und in Silber vergoldet stets vorräthig. Werkstatt für neue Arbeiten und für Reparaturen, Gravirungen, Vergoldungen, Versilberungen u. Einkauf von Juwelen, Gold und Silber, Medaillen und Münzen. Neelle Bedienung und feste Preise. [1885]
A. Oertel, Linden-Strasse 109.

Oranienstrasse 159 Das Oranienstrasse 159
vis-à-vis Herrengarderobe-Magazin vis-à-vis
d. Ludauerstraße. von d. Ludauerstraße.
Gegründet Gegründet
1870. **Siegfried Simon** 1870.
empfehlen zur
Herbst- und Winter-Saison
sein reichhaltiges Lager von
Anzügen, Paletots, Schlafrocken etc.
in den neuesten Stoffen und Façons zu soliden Preisen.
Bestellungen nach Maß werden prompt angeführt.
Zweites Geschäft: Oranienstr. 207, Ecke Hallescherstr.

Leihhaus-Ausverkauf
72 Jägerstrasse 72
I. Abtheilung.
65 Jägerstrasse 65
II. Abtheilung.
12000 Herbst- und Winter-Paletots.
8000 compl. Rod- u. Jaq.-Anzüge
streng modern ff. Stoffe v. 10—30 M.,
5000 Damen- und Mädchen-Mäntel,
2000 ff. Schlafrocke von 8 Mark an,
3000 hoch eleg. Burtsche u. Anaben-Anz.,
5000 Röde, ff. schwarze Anzüge, Hosen,
Westen, Leib-, Jaquetts, Uhren, div. Golds.
sollen spottbillig ausverl. werden, täglich,
auch Sonntags, von 8—8. Auf Wunsch
Theilzahlungen gestattet. Beleh. groß.
Werthsch. 1 Pf. p. M. [1186]
Polizeil. conc. Leihhaus.
Die Direktion.

Im Verkauf verfallen.
Hochlegante Herren- und Damen-Winterpaletots sind billig zu verkaufen bei
Lucke, Neanderstraße 9
Bitte genau auf meine Hausnummer und meinen Namen zu achten. [1188]

Stempel - Medaillons, [944]
Stempel-Federhalter,
Stempel für Vereine und Gewerbe,
Schablonen und Schilder.
H. Guttman, Graveur,
Brunnenstrasse 9, Rosenth. Thor.
1. g. Piano, 15 Thlr., 3. v. Oranienstr. 4 II. L. [1202 1206]

Uhren-Fabrik G. Scharnow,
besteht seit 20 Jahren,
Berlin S., Oranienstr. 152, Ecke Moritzplatz,
empf. unter 3jähriger Garantie
zu allerbilligsten Preisen:
Silb. Zylinder-Uhren 15, 18, 20,
24 M.; silb. Zylinder-Uhren mit
Remontoiranzug 24—30 M.;
silb. Anker-Uhren m. Remontoir-
anzug 36, 40, 45, 50 M.; gold.
14karat. Damenuhren v. 20 M.
an; gold. Herren-Remontoir-
Uhren von 50 M. an; Regu-
lator-Uhren zu Fabrikpreisen,
8 u. 14 Tage gehend, 12, 15,
18, 24, 30—75 M. Pariser Stuhuhren, Wand-,
Komtoir- u. Wecker-Uhren, sowie echte Talmi-
und Nickelketten in großer Auswahl zu den
billigsten Preisen.
Zylinder-Uhr reinigen 1.50 M.
Neue Feder 1.50 M.
Reparaturen nach Uebereinkunft. [727]

Alte Stiefel für Herren, Damen u. Kinder, große u. bill. Auswahl. Reparaturen und Besellungen sämtl. Arbeiten sauber und reell. **Runge, Lindenstraße 81.**

Arbeitsmarkt.
Tüchtige Mechaniker
auf Haus-Telegraphen sind. Stell. Barutherstr. 9.

Arbeiterinnen auf Walschürzen
besseren Genres finden gegen Vorlegung von
Mustern lohnende Beschäftigung bei
O. Heim,
Kommandantenstraße 79.

Fachverein der Berliner Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, chirurgischer und anderer Instrumentenmacher.
1. Stiftungsfest
am Sonnabend, den 4. Dezember 1886,
in der
„Tonhalle“
112 Friedrichstraße 112.

Grosses Konzert
unter Leitung
des Musikdirektors Herrn Ruprecht
und unter gütiger Mitwirkung der Konzertsängerin Fraulein Dora Hoff, des Baritonisten Herrn Paul Veith, sowie des Bassisten Herrn Oscar Horn.
Nach dem Konzert:
Grosser Ball.
In der Pause finden humoristische Vorträge statt.
Entrée incl. Ball 50 Pfg.
Eröffnung 8 Uhr. — Anfang präcise 8½ Uhr.
Billets sind zu haben:
bei D. Spieß, Adalbertstr. 71, Hof II;
C. Kühn, Brandenburgstr. 59, Hof III;
D. Sasse, Dresdenerstr. 90;
H. Reyer, Alsterf. 169/170;
H. Dyr, Markusstr. 14.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.
(Filiale Berlin III.)
General-Versammlung
am Sonntag, den 5. d. M., Vormittags 10 Uhr,
Manteuffelstraße 90.

Tagesordnung: Neuwahl der Gesamtvorstand, sowie der Vertrauensräte und Beschiedenes.
Der wichtigen Sache wegen ist es Pflicht jedes Mitgliedes, in der Generalversammlung zu erscheinen. Zugleich den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstellen am Sonnabend, den 25. d. des ersten Weihnachtsfeiertages wegen geschlossen bleiben, jedoch am Sonntag (zweiten Feiertag) Vormittags von 11—1 Uhr Beiträge entgegen genommen werden. Am 1. Januar n. J. bleiben die Zahlstellen geschlossen.
[1209] Die Ortsverwaltung.

Fachv. der Gluckateure Berlins.
Allen Mitgliedern machen wir hiermit bekannt, daß am Montag Abend 7 Uhr in **Mietz's Salon** unsere **Vereinsversammlung** stattfindet. Tagesordnung: 1. Wissenschaftlicher Vortrag. 2. Noch einmal der Arbeitsnachweis. 3. Besprechung über den Stand der Fachschule. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Indem wir um zahlreiches Erscheinen bitten, theilen wir noch mit, daß schon Billets zur Weihnachtsfeier in dieser Versammlung zu haben sind.
[1210] Der Vorstand.

Fachverein der Tischler.
Montag, den 6. Dezember, Abends 8½ Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28, **Mitglieder-Versammlung.** T. O.: 1. Antrag, den Arbeitsnachweis betreffend. 2. Diskussion über Genähigung eines Reiseescheins an reisende Kollegen. 3. Antrag, betreffend die Verlegung einer Zahlstelle des Vereins. 4. Fragelasten. Quittungsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.

Die Streikkommission der Ristenmacher richtet die Bitte an alle Inhaber von Sammelbogen, diese bis spätestens Mittwoch, den 8. Dezember, an unser Bureau, Holmarktstraße 3, gelangen zu lassen.
J. M.: G. Lehnig. [1207]

Sobald erschien Nr. 35 des
„Wahren Jakob.“
Zu beziehen durch die Expedition dieses Bl.,
Zimmerstraße 44.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 3. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Boetticher, Jacobi, Bronsart v. Schellendorff v. Caprivi, von Gaenisch, von Kplander, Graf Zeppelin, von Schlieben, von Gofler.

Bunächst steht die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen für 1885/86 zur ersten Berathung.

Abg. Benzig: Unter den Ausgaben der Postverwaltung befindet sich das Kapitel: „Vergütung an auswärtige Post- und Telegraphenanstalten und an Dampfschiffgesellschaften für Beförderung der Post“ mit 5 912 530 M., die eine Ueberschreibung von 612 500 M. zeigt. Sollte in derselben die Postlinie Kiel-Korsör mit einbegriffen sein, so sollte die Kommission das näher prüfen. Ich habe aus den Akten nicht entnehmen können, wie viel diese Linie gekostet hat; aber die eigene Benutzung derselben in diesem Sommer hat mich überzeugt, daß die deutsche Postflagge auf diesen Schiffen wehen zu sehen für einen Deutschen nicht gerade ein besonderer Stolz ist. Eine Abänderung oder Verbesserung ist dringend notwendig. Unter den Ersparungen befindet sich eine bei der Entschädigung der Privatbahnen für die Fahrten der Abgeordneten von 19 765 M. Ersparungen sind ja an sich erfreulich, aber sie dürfen nicht verletzender Art sein. Die Maßregel, die die Abgeordneten auf bestimmte Routen zur Benutzung ihrer Eisenbahnen beschränkt, hat sie unter die Spezialkontrolle des niederen Eisenbahnpersonals gestellt, was zu unangenehmen Differenzen der Abgeordneten mit diesem Personal führt. Mir selbst ist früher ein ähnlicher Fall passiert, in neuerer Zeit hat sogar ein Kollege auf die Aussage eines gewöhnlichen Schaffners hin eine schriftliche Fertigung erhalten, den jedenfalls irrtümlich abgefahrenen Betrag haark herauszahlen. Da der betreffende Herr überhaupt diese Strecke nicht befahren hat (hört! hört!), so kann das nur auf eine wenig gründliche Handhabung der Angaben des betreffenden Unterbeamten zurückzuführen sein, wie es zu häufig auf den Eisenbahnen geschieht, daß diese Leute sich manchmal diese Karten gar nicht genau vorzeigen lassen, sondern sich mit der Angabe von Nummern begnügen und sie vielleicht nicht richtig verstanden haben. Auf Grund solcher Dinge dann von Eisenbahnbeamten Aufschreien zur Herauszahlung bekommen, ist jedenfalls eine für die Stellung eines Abgeordneten sehr wenig wünschenswerthe und würdige Art des Verkehrs. — Für die Wohnung unseres Präsidenten sind 20 000 M. ausgeworfen, aber kein Betrag, um sie als Versammlungsort in geselliger Vereinigung für die Abgeordneten dienen zu können, für die es ein Bedürfnis ist, sich auf neutralem Boden zu begegnen und auszusprechen. Wir in den Partikularstaaten (der Herr Redner ist aus Dresden) haben zum Theil diese Einrichtung und haben ihren Werth für Ausgleichung der Gegensätze erprobt. Bei der misslichen Lage unseres Budgets enthalte ich mich eines Antrags, aber da uns vielleicht auf außerordentlichem Wege das Dichterwort treffen kann: „Ach wie bald, ach wie bald schwindet Schönheit und Gestalt!“ — so will ich, bevor ich ausscheide, wenigstens meine Ansicht äußern.

Geb. Oberpostath Fischer: Die von dem Vorredner monierten Ueberschreibungen bei den Ausgaben für den auswärtigen Verkehr in der Post- und Telegraphenverwaltung sind im Ganzen ein erfreuliches Zeichen und beweisen, daß der Verkehr mit dem Auslande in der Post und Telegraphie gestiegen ist. Was die in Betreff der Linie Kiel-Korsör vorgebrachten Beschwerden betrifft, so kann ich den Vorredner nur bitten, dieselben in der Kommission zu wiederholen. Dort wird die Regierung nach Prüfung der Sachlage die erforderliche Antwort ertheilen können.

Abg. Richter: Es war meine Absicht, zu beantragen, die Uebersichten an die Budgetkommission zu verweisen, weil nur im Anschluß an den ganzen Etat eine fruchtbringende Prüfung der Etatüberschreitungen möglich ist. Ich verzichte aber darauf, weil in diesem Jahre in der Budgetkommission keine Neigung zu dieser Prüfung vorhanden ist. Im Uebrigen bedauere ich, daß die Reuektionen des Vorredners in Bezug auf die Behandlung der Reichstagsabgeordneten hinsichtlich der Freilarten hier so spurlos vorübergegangen ist. Man hat allerdings begründete Beschwerden erhoben über die Art und Weise, wie Vollbevollmächtigte bei Benutzung der Freilarten unter Kontrolle gestellt worden sind. Ich möchte Herrn Benzig bitten, seine Klagen beim Etat zu wiederholen, wir werden ihn dann gern unterstützen.

Staatssekretär v. Boetticher: Ich meinerseits möchte den Herrn Benzig bitten, seine Klagen dem Staatssekretär des Innern mitzutheilen. Es sind allerdings bei mir solche Klagen eingegangen. Ich habe sie sofort untersucht und Remedur eintreten lassen. Dieser Weg führt am sichersten zum Ziel. Auf allgemeine Klagen hier im Hause kann ich keine Rücksicht nehmen, wenn sie nicht durch bestimmte Thatsachen unterstützt sind. Ich bedauere, bei dem betreffenden Theil der Benzigschen Rede nicht im Hause gewesen zu sein; hätte ich bestimmte Daten vernommen, so würde ich vielleicht darauf antworten. Ich kann daher Herrn Benzig nur bitten, mir seine Beschwerden mitzutheilen, ich werde dann dafür sorgen, daß, soweit sie berechtigt sind, Remedur eintritt.

Abg. Meyer (Galle): Als Mitglied der Rechnungskommission glaube ich aussprechen zu dürfen, daß es den einzelnen Mitgliedern derselben sehr willkommen sein wird, wenn auch ihnen derartige Monita mitgetheilt werden.

Die Vorlage geht an die Rechnungskommission. Das Haus tritt nunmehr in die erste Berathung des Gesetzesentwurfs, betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres ein.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Meine Herren, die Gesetzesvorlage, welche Sie heute in erster Lesung beschließen soll, stellt sich in den Augen der verbündeten Regierungen als eine zwingende Nothwendigkeit dar: zwingend in Bezug auf den festgestellten Zeitpunkt ihrer Einbringung, zwingend in Bezug auf den in Aussicht genommenen Anfangspunkt ihrer Gültigkeit, zwingend in Bezug auf das Maß der geforderten Erhöhung und zwingend endlich auch in Bezug auf die in Aussicht genommene Dauer des Gesetzes. Meine Herren, ein solches Gesetz kann nicht wohl betrachtet werden, ohne einen weiten Blick über unsere Landesgrenzen hinaus, und so ist es denn auch natürlich, daß schon bei der Betrachtung des ersten Punktes, den ich hier zur Erörterung habe, ein Blick geworfen werden muß auf die Verhältnisse in unseren Nachbarstaaten, auf die Verhältnisse, wie sie sich in der letzten Zeit auf dem Gebiete der allgemeinen europäischen Politik entwickelt haben. Meine Herren, es ist weder meines Amtes, noch auch ist es erforderlich, daß ich Ihnen hier ein weitläufiges Exposé über die auswärtige Lage gebe, es genügt, — und ich werde keinem Widerspruch begegnen, wenn ich die Verhältnisse, die hier in Betracht kommen, in ihrer Allgemeinheit als notorisch bezeichne, — wenn ich die Behauptung

aufstelle, daß das Deutsche Reich trotz seiner unausgesetzt bezeugten friedlichen Politik sehr wohl in absehbarer Zeit in die Lage kommen kann, ganz gegen seinen Willen in einen Krieg verwickelt zu werden. Meine Herren, es handelt sich nach der Auffassung der verbündeten Regierungen keineswegs um eine augenblicklich drohende Kriegsgefahr; wenn das der Fall wäre, meine Herren, so wäre diese Vorlage ja eine ganz verfehlte. Eine Gesetzesvorlage, welche die Friedenspräsenzstärke des Heeres vom 1. April nächsten Jahres zu erhöhen beabsichtigt wäre nicht das geeignetste Mittel, um einer augenblicklich drohenden Kriegsgefahr entgegenzutreten; läge eine solche vor, so wäre ja die einzige Antwort die Mobilmachung. So stehen die Verhältnisse eben nicht; aber man wird sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß wir uns in einer Zeitperiode befinden, welche gegründete Aussicht auf dauernde Erhaltung des Friedens nicht giebt; und wenn Sie dieser Ueberzeugung beitreten, meine Herren, dann werden Sie sich auch nicht weiter derlei Pflicht, wie sie den verbündeten Regierungen obliegt, erheben können, zu prüfen und zu messen, inwieweit die Wehrkraft des Deutschen Reiches gegenüber der Wehrkraft benachbarter Staaten als ausreichend zu erachten ist, um die Machtstellung, die Sicherheit und die Unabhängigkeit des Deutschen Reiches aufrechtzuerhalten. Meine Herren, ich brauche auch kein Wort darüber zu sagen, daß, wenn wir derartige Verhältnisse anstellen, der nächstliegende und uns am meisten interessirende derjenige ist, mit Frankreichs Kriegsmacht; und unter diesem Gesichtspunkte ist zu bemerken, daß die Kriegsmacht dieses Landes, welches an Bevölkerungszahl gegen uns erheblich zurücksteht, voranschiebt schon seit längerer Zeit uns gegenüber in der erhöhten Friedenspräsenzstärke. Die Bevölkerung Frankreichs zu der Deutschlands verhält sich etwa wie 5:6. Wenn man den gleichen Maßstab der persönlichen Belastung für den Friedenskriegsdienst anlegt, dann müßte die Friedenspräsenzstärke Frankreichs geringer sein, als unsere — erheblich geringer! Sie ist aber höher und es liegt dort augenblicklich auch ein Gelegetwurf vor, der eine weitere Erhöhung der Friedenspräsenzstärke in Aussicht nimmt. Meine Herren, eine hohe Friedenspräsenzstärke, also im Verhältnis hohe Friedenspräsenzstärke, genügt aber nicht nur den Vortheil erhöhter Kriegsbereitschaft zu jeder Zeit, sondern sie schließt auch in sich die notwendige Konsequenz einer Erhöhung der Kriegsmacht des Heeres. Ich kann Ihnen nicht verbergen, meine Herren, und werde das auch in der Kommission auf Erfordern näher darlegen, daß, wenn es schließlich die Absicht wird, zum 1. April nächsten Jahres mit dieser Vorlage in die Bewirklichung zu treten, es dann dringend wünschenswerth ist, daß wir, ehe der Reichstag seine Weihnachtsferien antritt, mit dieser Vorlage zu Ende gekommen sind. (Oh! Bewegung links.) Denn, meine Herren, wir bedürfen einer etwa dreimonatigen organisatorischen Thätigkeit, um den Uebergang in die neuen Verhältnisse zu bewirken, daß weder die erforderliche Kriegsbereitschaft des Heeres, noch auch der benäthigte Ausbildungsstand der Truppen dadurch gehindert wird. — So viel, meine Herren, also über den Zeitpunkt der Einbringung und über den in Aussicht genommenen Anfangszeitpunkt der Gültigkeit der Vorlage. Nun, meine Herren, bin ich ja natürlich genöthigt, auch einen Blick auf die finanzielle Seite der Frage zu werfen. Ich habe ja den Staatsverhandlungen in den letzten Tagen mit großer Aufmerksamkeit beigegeben, und ich leugne nicht, daß es mir persönlich gewiß sehr bequem und sehr angenehm ist, daß ich nicht auch dafür zu sorgen habe, auf welche Weise die Mittel für die Durchführung dieser Reorganisation herbeigeschafft werden (weiter links) — sehr gut! links), wie also die finanzielle Bedeckung erfolgt. Noch angenehmer aber, meine Herren, ist mir in der That, in diesem Augenblicke hier mit dem guten Gewissen vor Sie treten zu können, daß Alles, was nur irgend möglich war, in der Berechnung der Ausgaben geschehen ist, um die dauernden Ausgaben sowohl wie die einmaligen so niedrig wie möglich zu gestalten. Es ist ein Zweifel in den Staatsverhandlungen ausgesprochen, ob ein Vergleich, welcher mit Frankreich gezogen worden ist, auch auf dem finanziellen Gebiet, also in Bezug auf die Summen, welche pro Kopf der deutschen und der französischen Bevölkerung beansprucht werden für die Mittel der Landesverteidigung, ein zuverlässiger und zutreffender wäre. Meine Herren, das lasse ich vollständig dahingestellt. In Ermangelung einer besseren Unterlage für den Vergleich, hat die Begründung der Vorlage nicht davon absehen wollen, diese Zahlen einzustellen. Aber, meine Herren, man mag darüber denken, wie man will, darüber kann doch kein Zweifel sein, daß, wenn die Verstärkung in dem geforderten Maße wirklich nothwendig ist, dann auch die Mittel dafür beschafft werden müssen, sei es — äußersten Falles auf dem Wege einer Erhöhung der Matricularbeiträge. Es ist auch die erhöhte persönliche Belastung, welche mit dieser neuen Vorlage dem deutschen Volke auferlegt wird, erörtert und besprochen worden. Ich habe in der Presse Stimmen gefunden, welche die Belastung mit einem Prozent der Bevölkerung als eine unerträgliche erklären. Na, meine Herren, ich glaube, daß diese Auffassung eine unrichtige ist. Wer sie aber festhalten will und keine anderweitige Begründung finden kann, die persönliche Belastung des deutschen Volkes für eine erträgliche zu halten, dem würde ich ganz einfach den Rath ertheilen, sich einmal jenseit der Bogen zu erkundigen, aus welchen Gründen denn dort eine weitergehende persönliche Belastung für völlig erträglich gehalten wird. Also, meine Herren, wir gehen nicht über das Maß dessen hinaus, welches verlangt werden muß. Um noch einmal auf die finanzielle Seite der Frage zurückzukommen — ich hätte es voraussagen müssen, es ist mir aber im Augenblicke entgangen — um noch einmal auf die finanzielle Seite der Frage zurückzukommen, so will ich doch nur dem Gedanken Ausdruck geben, daß es wirklich meiner Meinung nach verhängnisvoll geradezu wirken könnte, wenn die Zustimmung zu dieser Vorlage von ihrer finanziellen Belastung abhängig gemacht werden wollte, von einer vorherigen Verständigung in Bezug auf die schwierige Frage der Zoll- und Steuerpolitik. (Hört! hört.) Ich würde glauben, meine Herren, daß unter allen Umständen diese Vorlage die Priorität in Anspruch nehmen darf, daß das Bedürfnis gerührt werden muß und daß, wenn es anerkannt wird, dann die Frage, wie die Mittel zu beschaffen sind, in eine zweite Linie gestellt werden muß. Endlich, meine Herren, habe ich noch einige Worte zu sprechen über die Frage des sogenannten Septennats. Mir ist von verschiedenen Seiten aus dem Hause mitgetheilt worden, daß die Begründung der Vorlage, gerade soweit sie diesen Punkt betrifft, an vielen Stellen den Eindruck erregt hat, als ob es den verbündeten Regierungen mit der Forderung des Septennats eigentlich gar nicht Ernst wäre. Manche von den Herren haben zwischen den Zeilen lesen wollen, daß die verbündeten Regierungen recht gern auf eine geringere Frist eingehen würden. Man hat gemeint, die verbündeten Regierungen haben wohl ein bißchen vorgeschlagen, um dem Reichstage Gelegenheit zu geben, abhandeln zu können. Meine Herren, es

liegt nicht in der Gemohnheit der verbündeten Regierungen vorzuschlagen. (Abgeordneter Dr. Windthorst: Na, na!) Ich höre von Seiten Sr. Excellenz des Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst ein Na, na! Meine Herren, das nimmt mich um so mehr Wunder, als der verehrte Herr Abgeordnete noch im vorigen Jahre, ohne von den verbündeten Regierungen dazu legitimirt zu sein, hier von der Tribüne aus die verbündeten Regierungen ausdrücklich in Schutz genommen hat gegenüber einem Angriff, der von einer anderen Seite des Hauses kam (hört! hört! rechts), daß die verbündeten Regierungen vorschlagen, er hat gesagt, er protestire namens der verbündeten Regierungen feierlich dagegen (Große Heiterkeit), daß die verbündeten Regierungen mit dergleichen Mitteln arbeiteten. Die verbündeten Regierungen bringen Ihnen freiwillig, indem sie annehmen, daß in der Majorität des Reichstags auch heute noch der Wunsch nach einer beschränkten Dauer des Gesetzes besteht, diese Konzeption entgegen, aber allerdings, meine Herren, in dem Vertrauen auch, daß der Reichstag nicht die verbündeten Regierungen wird in die Lage bringen, sich über die Annahme eines Gesetzesentwurfs zu entscheiden, welcher, da die Dauerzeit des Gesetzes zu gering bemessen wird, die ruhige stetige Entwicklung der militärischen Einrichtungen in Frage stellt. Meine Herren, in unseren Etatsdebatten der letzten Tage sind ja recht tiefergehende Gegensätze zu erblicken gewesen und durch die scharfen Auseinandersetzungen ist doch verflochten ein Wort, fast von allen Parteien ausgesprochen, hindurch geklungen. Es lautete etwa: Abgesehen und ungeachtet aller Parteiuerschiede wird der Deutsche Reichstag da, wo es sich um nachgewiesene Forderungen für die Aufrechterhaltung und Stärkung unserer Wehrkraft handelt, eines Sinnes stehen. Meine Herren, lösen Sie dieses Wort ein durch eine möglichst einstimmige Annahme der Vorlage. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter: Die Ausführungen des Kriegsministers zur Begründung der neuen Vorlage haben sehr viel Aehnlichkeit mit dem, was gesagt ist bei dem Septennat von 1880 und der Vorlage von 1874. Auch heute hat er wie sein Vorgänger gesprochen von der zwingenden Nothwendigkeit, der Vorlage zuzustimmen, von den auswärtigen Verhältnissen, die notorisch seien; ebenso notorisch waren sie auch 1880 und 1874. In Bezug auf diese auswärtigen Verhältnisse wurde damals wie heute darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich trotz aller seiner Friedenspolitik in die Lage kommen könne, in absehbarer Zeit in einen Krieg verwickelt zu werden und daß sich begründete Aussicht auf die Dauer des Friedens nicht durchaus bietet. Nun, auch diese Situation ist nicht neu; sie datirt von 1871 und von 1886 zurück. Bei uns ist durch Gesetz von 1875 die Zahl der dienstpflichtigen Jahre von 12 auf 22 erhöht worden, während sie in Rußland und Frankreich nur 20 beträgt. Ausgehoben haben wir im letzten Jahre 160 000 Mann — dazu kommt eine Ersatzreserve von 19 000 Mann — Frankreich 144 000 oder 146 000 Mann, von denen ein Drittel nur 10 Monate ausgebildet wird. Die Aushebungen Rußlands betragen im letzten Jahre allerdings 225 579 Mann, aber im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist dies Aushebungscontingent geringer als bei uns und müßte eigentlich 350 000 Mann betragen. Die Aushebungsquote ist dort auch seit 1880 nicht wesentlich größer geworden. Mit Recht wünschte der Kriegsminister das Jahr 1880 in Vergleich zu dem jetzigen gestellt zu sehen. Leider haben die Motive an diesem Vergleichsmoment nicht durchweg festgehalten. Damals sagte der Kriegsminister, die Regierung wäre der Ansicht, daß nach der erfolgten Erhöhung der Armees unsere Kriegsmacht vollständig ebenbürtig sei den Nachbarstaaten Frankreich und Rußland. Wenn die Regierung heute weitergehende Forderungen erhebt, so ist zunächst die Frage: haben denn seit 1880 in Frankreich und Rußland so große Veränderungen stattgefunden, daß für uns eine zwingende Nothwendigkeit erwächst, mit einer weiteren Erhöhung vorzugehen? Die Vorlage giebt gerade über 1880 wenig oder gar keine Ziffern. Die Vorlage von 1880 enthielt auch Angaben über Frankreich und Rußland. Wollen wir also wissen, was sich dort geändert hat, so vergleichen wir nur die Vorlage von 1880 mit derjenigen von 1885. Dann aber wird das Bild doch etwas anders als nach der Vorlage von 1886 allein. In dieser sind 649 französische Bataillone angeführt, in der Vorlage von 1880 641, also nur acht weniger. In Bezug auf die Zahl der Feldbatterien ergibt sich jetzt nur ein Plus von 9. Erst vor drei Jahren sagte der frühere Kriegsminister v. Kameke, daß wir im Besitz eines Artilleriematerials wären, wie es keine europäische Großmacht besäße, und er tabellte dabei jenes Drängen der Presse, welches so weit ginge, vermeintliche Schwächen unserer Armeearrangements ohne patriotische Rücksichten zu veröffentlichen. Es ist gewiß falsch, wenn man aus parlamentarischen Gründen, um leichter eine Erhöhung durchzusetzen, die eigene Macht schwächer erscheinen läßt, als sie in Wirklichkeit ist. Am 1. März 1880 behauptete mir gegenüber eine hohe militärische Autorität, unseren 401 000 Mann stände eine französische Friedenspräsenzstärke von 497 000 Mann gegenüber, deshalb sei bei uns die Erhöhung auf 428 000 Mann nothwendig. Ich bestritt es. Es wurde mir gesagt, wie könnte ich gegenüber einer solchen Autorität die Sache anders darstellen. Ich würde mich auch ganz gernnircht gefühlt haben, wenn ich nicht meiner Sache sicher gewesen wäre. Ueber die Frage der Dienstzeit wird uns am besten der Kriegsminister eine Auskunft geben. Nach dem Urtheil der Korrespondenten unserer militärischen Blätter ist in Frankreich sehr wenig Stimmung vorhanden, auf diese weitläufigen Pläne einzugehen. Jedemfalls war es erfreulich, daß man sagte, wenn Frankreich so umfassende Änderungen seiner Armeearrangements beabsichtigt, so kann der Ausbruch eines Krieges nach französischer Auffassung nicht nahe liegen. Die Stimmung in Frankreich für diese Vorlage ist keine besonders günstige; ob sie sich nun verändert hat, in Folge der Einbringung dieser Vorlage, so daß infolge dessen die französischen Pläne so ausgerührt werden, wie sie vorgeschlagen sind, das will ich nicht untersuchen. Würden wir diese Vorlage annehmen und würden andererseits die französischen Vorschläge sich verwirklichen, so würden wir uns gegenseitig emporschrauben, während die Verhältnisse beider Länder zu einander dieselben blieben wie vorher. Der Vergleich unserer Dienstzeit mit der französischen wird uns nahegelegt, weil die Regierung selbst sich auf das Muster von Frankreich beruft. Gegenwärtig besteht dort für $\frac{2}{3}$ der Armees eine Dienstzeit von 40 Monaten und für $\frac{1}{3}$ eine solche von 10 Monaten. Der Minister Doulaner hat nun allen Denjenigen, welche eine gewisse Bildung besitzen, das Recht zuzuerkennen wollen, nach zweijähriger Dienstzeit entlassen zu werden, und der Ausbruch hat beschlossen, diese zweijährige Dienstzeit denen zu gestatten, welche nach Ablauf von 2 Jahren eine gewisse militärische Qualifikation erlangt haben. Die Sache wird sich nun so stellen. Ein Theil der Mannschaften wird eine jährige Dienstzeit zurücklegen, die um 2 Monate dadurch vermindert wird, daß die Rekrutenauswahl dort bereits Anfang Dezember stattfindet. Der

andere Theil hat eine dreijährige Dienstzeit zurückzulegen, die sich wiederum durch Rekrutenausgang vermindert, wozu noch die Wintermanagements hinzutreten, so daß der erste Theil 22, der andere 28 Monate zu dienen hat. Die Frage der gesetzlichen Einführung der zweijährigen Dienstzeit wird in nicht zu fernher Zeit ihrer Verwirklichung entgegengehen. Dies steht nicht in Widerspruch mit der Organisation unseres Heeres, das hat der Kriegsminister Roon ausdrücklich im Jahre 1862 in einem Augenblick, wo man nahe daran war, auf Grundlage der zweijährigen Dienstzeit eine Einigung herbeizuführen, anerkannt. Wenn man sagt, die allgemeine Militärpflicht erheischt es, daß Niemand ausgelooft wird, daß die Last auf möglichst viele Schultern vertheilt wird, so klingt das sehr ideal; vom Standpunkte der einzelnen Familien aus sieht sich das aber anders an. Wird wirklich die Aushebung um viele Tausende verstärkt, muß infolge dessen vielleicht neben dem zweiten Sohn, den eine Familie im Laufe der Zeit dem Heere stellt, ein dritter das Gut, das Geschäft, das Gewerbe verlassen, so wird der Nachthteil in den bürgerlichen Verhältnissen doch immer fühlbarer und wird in ihnen der Gedanke lebendig: wenn wenigstens unseren Angehörigen das dritte Jahr nachgelassen würde. Diejenigen sozialen Schichten, aus denen sich der Reichstag fast ausschließlich zusammensetzt, berührt diese Frage allerdings wenig. Um so mehr aber haben sie die Verpflichtung, das Interesse dieser Schichten im Auge zu behalten. Erwägen Sie, daß gerade diese den größten Theil der indirekten Steuern tragen. Die sozialpolitische Geistesgegenwart der neueren Zeit rühmt sich, gerade die Verhältnisse dieser Klassen gebessert zu haben. Von allen Seiten, auch von konservativer, wird über die übermäßige Ausdehnung des Garнизонwachdienstes geklagt, auch von konservativer Seite. Ich will auf die Einzelheiten hier nicht eingehen, aber man braucht bloß einen Blick in die militärische Fachliteratur unserer Zeit zu werfen, um sich auch als Laie darüber klar zu werden, daß manche Veränderungen im Bereiche unserer militärischen Formationen angezeigt wären, um die zweijährige Dienstzeit zur Durchführung zu bringen. Es mag für eine gesetzliche Verständigung hierüber keine Aussicht sein; aber auch ohne eine gesetzliche Feststellung wäre eine thatsächliche Erleichterung möglich. Eine so lange Dienstzeit wie jetzt haben wir früher nie gehabt. Die Rekrutenausgang wurde unter Roon ausgedehnt bis in den Dezember, Januar, Februar. Die Zahl der Dispositionsurkunden war damals eine größere. So blieb es bis unmittelsbar 1866. Man war also überzeugt, doch auch so eine genügende militärische Ausbildung möglich sei. Ueber die finanzielle Seite der Sache ließe sich Manches sagen. Es steht uns durch die Militärverträge eine dauernde Mehrausgabe von 24 Millionen bevor. Das ist aber lange nicht Alles. Es ist darin nicht enthalten, was hinzuwächst in Folge des Etats für Offiziere und Unteroffiziere, nicht, was die Zinsen repräsentirt von dem Kapital, welches angewendet wird, zur Bekleidung und Ausrüstung, nicht die Zinsenlast von dem Kapital für den Bau der Kasernen. Für 40 000 Mann werden Kasernen gebaut werden müssen, dadurch erwächst ein Mehraufwand von 40 Millionen. Bevor diese Kasernen gebaut werden, müssen die Truppen einquartirt werden. Damit werden die Laster der Bürger noch erhöht. Es ist bemerkt worden, daß in Rußland die Quote, die von der Bevölkerung für militärische Zwecke getragen wird, eine viel höhere sei. Selbst wenn ich dies zugebe, so frage ich: seit wann sind die russischen Zustände für uns ideal? (Weiterkeit links.) In der Forderung einer Erhöhung der Friedenspräsenz beruht der Entwurf nicht auf einem einheitlichen Prinzip, demzufolge gerade 41 135 Mann verlangt werden; es ist kein militärischer Grund dafür geltend gemacht, sondern diese Zahl wird gefordert, weil sie die Ziffer von 1 pCt. der Bevölkerung von 1885 ergänzt; es liegt also lediglich eine arithmetische Formel zu Grunde. Auch in dieser Beziehung hat der Kriegsminister geglaubt, einen Vergleich mit den Nachbarländern anstellen zu können, aber Rußland hat er ganz außer Betracht gelassen, und mit Recht, denn in Rußland ist die Friedensstärke im Verhältnis zur Bevölkerung erheblich kleiner als ein Prozent, und hat in den letzten 6 Jahren noch erheblich abgenommen; und was Frankreich betrifft, so mag ja der Prozentfuß größer sein, aber der Minister hat ja selbst zugegeben, daß die französische Bevölkerung nur $\frac{1}{2}$ der unseren ist; deshalb muß der Prozentfuß, auch um uns nur die gleiche Macht entgegen zu stellen, ein höherer sein. Unsererseits dürfen wir uns doch nicht so stellen, als ob wir weniger Bevölkerung hätten, nur um den gleichen Prozentfuß wie Frankreich herauszubringen. Der Prozentfuß selbst hat nur historischen Werth. Er wurde 1867 unter der Pauschquantumwirtschaft der Einfachheit wegen angenommen; auch 1874 hat man nicht an das Volkszählungsergebnis von 1871 angeknüpft, sondern man hielt die Ziffer von 1867 aufrecht, ja es wurde in der Vorlage selbst als ein Vorzug dieser Festsetzung hervorgehoben, daß man so thatsächlich eine fortgesetzte Abnahme der Präsenz im Verhältnis zur Bevölkerungsgunahme einführte. Auch 1880 hat man an die Bevölkerungsziffer von 1875 angeknüpft; und warum sollen wir jetzt, weil zufällig 1885 eine Volkszählung war, während sie 1880 erst bevorstand, jetzt aus dieser letzten Zählung die Konsequenzen ziehen? Selbst die Freunde einer erhöhten Bewilligung wollten doch an diesen Prozentfuß nicht anknüpfen; denn die Gefahr liegt nahe, daß später aus einer solchen Gewohnheit ein Recht hergeleitet wird, die Präsenz entsprechend dem Wachstum der Bevölkerung weiter emporzuschrauben. Von dieser arithmetischen Formel abgesehen, zerfällt die Forderung der Erhöhung der Friedenspräsenz in ein Bündel von Einzelforderungen, die verschiedenartig und selbstständig nebeneinander stehen, von denen man eine ablehnen, die andere annehmen kann, ohne einen prinzipiellen Widerspruch zu begehen. Es werden einmal neue Kadres, dann auch neue Mannschaften für alte Kadres verlangt. Es fällt auf, daß in der Begründung die Forderung der neuen Kadres viel ausführlicher dargestellt ist, als der Zweck der Erhöhung der alten Kadres. Wir wissen auch nicht, in welcher Zeit die Erhöhung verwirklicht werden soll, wie man sich den Uebergang denkt. Die im Jahre 1880 beschlossene Erhöhung trat erst am 1. April 1881 ein, die verstärkte Aushebung wurde aber schon im Oktober 1880 vorgenommen, man zog mehr Rekruten ein und entließ desto mehr Dispositionsurkunden. Soll jetzt eine außerordentliche Aushebung stattfinden oder will man Dispositionsurkunden oder Reservisten einziehen? Im letzteren Falle würde die erste Einleitung der Erhöhung um so förderlich in der bürgerlichen Verhältnisse eingreifen. — Die Frage der Dauer der Festsetzung ist — ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren — diesmal in die zweite Reihe gedrängt. Ich nehme auch nicht an, daß die Regierung von Hause aus mehr vorschlägt, als sie haben will; wahr aber bleibt doch, daß in der Begründung, welche doch nicht vom Kriegsminister allein uns unterbreitet wird, der Satz steht, daß von Hause aus die Regierung keine Veranlassung gehabt hätte, eine geringere als die bisherige Ziffer anzusetzen. Ich weiß auch nicht, warum gerade diese sieben Jahre als Dogma hingestellt werden. Hat doch die Regierung 1867 selbst, als es eine mehrjährige Festsetzung beim Pauschquantum galt, ein solches nur bis 1871, in diesem Jahre nur ein solches bis 1874 bekommen. Das Septennat erklärt sich nur historisch, aus einem Kompromiß, der angesichts der Situation von 1874 zu Stande kam. Man gewahrte die sieben Jahre in gewisser Analogie mit dem französischen Septennat des Präsidenten Mac Mahon, und wenn Sie die damaligen Neben lesen — selbst auch die von 1880 —, so werden Sie finden, daß die Redner weit entfernt waren, das Septennat als dauernde Einrichtung eintreten zu lassen; sie haben wesentlich ihre Gründe aus augenblicklichen, seitdem verschwunden politischen Verhältnissen entnommen. Dem Dogma des Septennats hat aber die Regierung selbst den stärksten

Stoß gegeben, indem sie ihrerseits diese Zeit nicht inne gehalten hat. Ich meinerseits mache ihr daraus keinen Vorwurf, denn von ihrem Standpunkte aus muß man das als nothwendig erkannte Mehr auch so früh als möglich eintreten lassen. Aber wenn die Regierung sich thatsächlich nicht an das Septennat gebunden hält, sondern schon nach 5 $\frac{1}{2}$, statt nach 7 Jahren mit einer Mehrforderung kommt, dann liegt es auch vom Standpunkte des Reichstages um so näher, daß auch er nicht an die sieben Jahre gebunden sein kann, sondern sich auch auf einen kürzeren Termin einigen kann. Auch auf konservativer Seite scheint dieses Dogma nicht entfernt mehr die frühere Bedeutung zu haben. In der „Kreuz-Zeitung“, im „Reichsboten“ finden sich Betrachtungen, dahin gehend, daß, wenn das Septennat nicht erreichbar sei, die Frage, ob die Festsetzung auf 7, 5, 3 oder gar 1 Jahr nur eine Sache der Opportunität, nicht aber ein Prinzip sei, für das sich die Wähler nach der einen oder der anderen Richtung begeistern könnten. Unser Standpunkt zur Sache ist bekannt. Wir halten die einjährige Festsetzung in unmittelbarem Anschluß an den Etat vom Standpunkte der Volksvertretung, der Regierung und der Militärverwaltung für das Richtige; wir sind in der Hauptsache andererseits der Meinung, daß dem konstitutionellen Erforderniß genügt wird, wenn die Festsetzung nicht über drei Jahre hinausgeht. Die einjährige Festsetzung bildet für unsere Marine das geltende Recht, ohne je irgend eine Schwierigkeit gemacht zu haben; es ist auch das in allen Großstaaten — Rußland hat ja überhaupt keine Verfassung, keine konstitutionellen Formen — geltende Recht. Zum Schluß nur noch zwei Worte. Die Ueberzeugung, daß wir ein starkes Friedensheer zur Vorbereitung für den Krieg haben und für abschbare Zeit behalten müssen, durchdringt auch uns; dasjenige, was über Maß und Umfang dieser Präsenzstärke zwischen den Parteien streitig ist, ist im Verhältnis zu dem gering, worin wir in Bezug auf Maß und Umfang der Gesamtstärke des Heeres einig sind. In einem Lande der allgemeinen Wehrpflicht und des allgemeinen Wahlrechts ist es doppelt erforderlich, daß das Maß der Opfer aus der allgemeinen Wehrpflicht in Uebereinstimmung gehalten wird mit dem Bewußtsein des Volkes von der Nothwendigkeit desselben. Je lebendiger dieses Bewußtsein erhalten wird, desto opfer- und bereitwilliger, desto fruchtbarer werden die Opfer getragen werden im Interesse der Sicherheit unseres Vaterlandes, die allen Parteien gleichmäßig am Herzen liegt! (Beifall der Beifall links.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Meine Herren, es liegt gar nicht in meiner Absicht, auf die sehr ausführliche Rede des Abg. Richter jetzt eingehend zu antworten. Ich behalte mir vor, die allgemeinen Punkte, die in seiner Rede Besprechung gefunden haben, vielleicht morgen, wenn wir den morgenden Tag auch den Debatten über diese Frage widmen, nachzuholen, nachdem ich auch von anderer Seite aus dem Hause die Stimmung über die Vorlage gehört habe. Ich glaube, es wird zur Klarheit der Debatte beitragen, wenn ich nicht jedem Redner einzeln in diesen großen allgemeinen Fragen antworte. Dagegen liegt mir doch daran, einzelne Punkte hier ganz kurz zur Besprechung zu ziehen, auch um etwaigen Mißverständnissen, die sonst vielleicht nicht ausgeschlossen sein könnten, von Hause aus vorzubeugen. Der Herr Abgeordnete hat im Anschluß an meinen Wunsch, den ich hier ausgesprochen habe, daß die Vorlage möglichst bald ihre Erledigung finde, ein Wunsch, den ich in sofern für nicht ganz ungerathen finde, als, wenn mich mein Gedächtniß nicht täuscht, die Vorlage im Jahre 1880 in sieben Kommissionen erledigt worden ist, wofür also Zeit zu sein scheint — also gegenüber diesem Wunsche hat er gesagt: weshalb wäre denn die Vorlage nicht früher eingebracht worden, weshalb wäre der Reichstag nicht früher berufen worden. Meine Herren! Ich kann nur versichern, daß die Entscheidung, Abnen eine Vorlage zu machen, welche vom 1. April 1887 an Gültigkeit haben soll, erst in den allerletzten Tagen vor Berufung des Reichstages gefaßt worden ist (hört! rechts) und daß also in der Beziehung wirklich nichts versäumt werden konnte. Die Motive liegen eben in der dringender sich gestaltenden Entwidlung der auswärtigen Verhältnisse, (hört, hört! rechts und bei den National-liberalen.) Nun ist der Herr Abgeordnete näher auf die Zahlen eingegangen, welche die Begründung der Vorlage enthält, und hat gesagt: nachdem die Begründung in die Öffentlichkeit gekommen wäre, wäre es jedenfalls auch erforderlich und ein gutes Recht, die Zahlen jetzt einer Erörterung zu unterziehen. Das versteht sich von selbst, das vermag ich nicht zu bestreiten. Ich bin aber eben so wenig wie ein anderer der Herren Regierungskommissare in der Lage, auf die Berechnung, die der Herr Abgeordnete jetzt hier vorgetragen hat, welche er ermittelt zu haben glaubt, ohne weiteres zu antworten; und ich glaube, der Herr Abgeordnete würde sich in schwierigerer Lage befinden haben, wenn erst in dem Moment der Eröffnung der Diskussion die Begründung der Vorlage ihm vorgelegt worden wäre. Lagen mir die Zahlen des Herrn Abg. Richter einige Tage vor, so würde ich im Stande sein, auch im kalkulatorischen Wege seine Zahlen einer Erörterung zu unterziehen. Nun hat der Herr Abgeordnete die Sache etwas tragisch genommen, indem er gesagt hat, man sollte doch bedenken, daß der ganze finanzielle Effekt der Maßregel doch ein sehr bedeutender wäre, daß er z. B. die sämtlichen Einnahmen des Deutschen Reiches aus Zöllen und Steuern übertreffe — ich glaube, ich habe ihn so verstanden. Nun, wenn das richtig sein sollte, so sieht ja einmal die Verfassung den Fall vor, daß die Ausgaben des Reiches größer sein sollten, aber wenn ein solcher Vergleich aufgestellt wird, dann erlauben Sie mir, mit einem kleinen Gegenvergleich zu kommen. In Rußland werden allein aus der Getränkesteuer die ganzen Kosten für die Armee und Flotte bestritten. (Zurufe.) — Ja, meine Herren, ich führe das ja nur so beispielsweise an. Ich will auch nicht von idealen russischen Zuständen sprechen (Weiterkeit), Gott bewahre! Aber warum sollen wir das nicht auch sagen! Dann hat der Herr Abgeordnete gesagt, wir hätten in unserer Berechnung den Prozentfuß nicht angegeben, welcher in Rußland gestellt wird seitens der Gesamtbevölkerung für die Armee. Meine Herren, auf Seite 5 der Motive finden Sie das genau: 1870: 1,02 pCt., 1880: 1,06 pCt., 1886: 0,92 pCt. Wir haben gar nichts verschwiegen, obgleich das ja für uns augenblicklich nicht spricht. Ich bin nicht der Meinung, daß wir uns mit den Zahlen was vormachen sollen, sondern mir kommt es wirklich darauf an, daß wir auf Grund der thatsächlich bestehenden Verhältnisse zu einer freien Uebereinstimmung kommen in dem, was für erforderlich zu halten sein wird. Dann hat der Herr Abgeordnete mir persönlich gewissermaßen eine Verleugnung des finanziellen Standpunktes vorgeworfen. Meine Herren, so naht habe ich das nicht ausgesprochen, daß ich glücklich wäre darüber, das Geld nicht beschaffen zu müssen. Ich habe das in ausdrücklicher Bezugnahme auf die in den letzten Tagen stattgefundene Etatsberatung gesagt, und ich möchte an das ganze Haus die Frage richten, ob irgend einer von den Herren etwa ein besonderes Glück darin finden würde (Weiterkeit), einen bestimmten Vorschlag zu machen, namentlich mit Aussicht auf einen Erfolg. Die Frage ist schwierig, das ist von allen Seiten anerkannt. Ich habe nur hervorheben wollen, daß ich meinerseits den finanziellen Standpunkt nicht vollständig verleugne, sondern ihm nach besten Kräften gerecht geworden bin. Denn das weiß ich recht gut, daß es mit einer der allerersten Pflichten des Kriegsministers ist, in den nothwendigen Ausgaben, die er zu fordern verpflichtet ist, wenn er seiner Verantwortung gegen das Land gerecht werden will, so viel wie möglich zu sparen, und ich glaube — ich spreche nicht von mir —, ich habe eine wohlgegründete Verwahrung übernommen und bin befreit, sie weiter zu führen — aber im Ganzen genommen, hat man uns bisher Verschwendung noch nicht vorgeworfen,

sondern es ist uns Anerkennung vielfach ausgesprochen, selbst von den extremsten Parteien des Hauses, daß mit den zur Disposition gestellten Mitteln sehr viel geleistet wurde, und daß es Schwierigkeit haben würde, bei denselben Leistungen mit weniger Mitteln auszukommen. (Bravo rechts.)

Abg. Graf v. Salder: Jedes Land muß seine Wehrverhältnisse nach sich richten, das es gerüstet ist für die Stunde der Gefahr. Dann erst sorgen zu wollen, ist zu spät. Auch von dem Abg. Richter wird anerkannt werden, daß Deutschland zu seiner Wehrbedeutung einer großen Armee bedarf; es ist doch nicht unsere Schuld, daß wir weite Grenzen haben, die wir schützen müssen. Das deutsche Volk hegt aber auch zu seiner Armee das vollste Vertrauen; und dieses Vertrauen wollen wir ihm erhalten. Die von der einen Seite hier vorgebrachten Zahlen sind von der anderen Seite bemängelt worden. Es kommt darauf auch nicht in sohem Maße an. Jedemfalls dürfen wir uns damit nicht begnügen, uns nach einer Seite nur zu schüzen; wir haben uns nach zwei Seiten zu richten. Die Festsetzung der Präsenzstärke auf 1 pCt. der Bevölkerung entspricht den Forderungen der allgemeinen Wehrpflicht und wird nicht als zu hoch empfunden. Was die Dauer der Festsetzung betrifft, so würden wir von unserem Standpunkte für eine dauernde Festsetzung der Friedenspräsenz im Verhältnis zur Bevölkerung sein. Da aber hiervon Abstand genommen und die Dauer von 7 Jahren gefordert worden ist, so erklären wir uns damit einverstanden. Je länger der Zeitraum ist, desto mehr kommt er der Bevölkerung zu gute. Denn da die Bevölkerung inzwischen wächst, so hat sie von einer sehr langen Dauer entschieden einen Vortheil. Dann ist es nicht gut, wenn die Armee zu häufig den Erörterungen im Parlament unterworfen wird, damit sie eine geübte Waffe in der Hand ihres Führers sei. Eine lange Reisdauer ist für die Armee selbst ebenfalls von der größten Wichtigkeit. Bei einem schnellen Wechsel der überworfenen Mittel könnten leicht Störungen in dem komplizierten Apparat der Armee eintreten. Von demselben Gesichtspunkte ist die Frage der dreijährigen Dienstzeit zu beurtheilen. Ueber den Kostenpunkt, der sehr schwierig ist, und die weiteren Details wird in der Kommission zu verhandeln sein. Ich beantrage deshalb, diese Vorlage einer Kommission und zwar in Anbetracht der Wichtigkeit, einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. In der Kommission werden seitens des Kriegsministers mehrfache Ausführungen gegeben werden, namentlich warum es dringend nothwendig ist, daß bereits am 1. April 1887 der Beginn der neuen Präsenz eintreten soll. Wenn wir dann zu der Ueberzeugung gelangen, daß unter den jetzigen Umständen die Präsenzstärke auf die geforderte Höhe gebracht werden muß, werden meine Freunde und ich keinen Augenblick zögern, selbst die schwersten Opfer zu bringen, um dem Vaterlande die Wehrbedeutung seiner Grenzen und Güter auf alle Fälle zu sichern. Wir werden deshalb auch mitwirken, daß die Vorlage so schnell als möglich erledigt werde, damit uns nicht der Vorwurf treffe, daß durch Verzögerung etwas bewirkt werden kann, was für das Land verhängnißvoll werden könnte. Beifall rechts.)

Abg. Sager: Wir schließen uns dem Antrag auf Verweisung der Vorlage an eine Kommission an. Die Begründung derselben, die schriftliche, wie die mündliche, ist eine ziemlich dürftige geblieben. Der Kriegsminister hat uns eine eingehendere Begründung in der Kommission in Aussicht gestellt. Dieselbe muß gehört werden, ich bin dagegen nicht der Meinung, daß wir die schwerwiegende Vorlage in den Kommissionen und im Plenum des Reichstages werden durchberathen können. Die Sache liegt doch anders als vor 5 Jahren. Damals forderte man größere Ausgaben, um in demselben Augenblicke zu erklären, daß eine Deckung für die Ausgaben nicht vorhanden sei. Ich bin der Meinung, daß man sein Gewissen nicht belasten, wenn man diese Vorlage so gründlich, als möglich ist, beräth selbst auf das Risiko hin, daß die Beratungen dann bis über Weihnachten hinaus dauern. Wir haben ein dringendes Interesse daran, bei dem Tempo unserer Beratungen nicht mit dem Bundesrat verwechselt zu werden, der die ihm gemachten Vorlagen mit einer Schnelligkeit erledigt, die ihres Gleichen nicht gefunden hat. Nachdem, was wir sonst wissen, darf man wohl sagen, daß wir in einem ungerechten Angriffskriege, der uns von zwei Seiten bedroht, nicht allein stehen würden, sondern daß wir dann einen Rückhalt hätten an dem Staate, der uns der Natur und der Geschichte nach am aller nächsten steht, und dann wird die Gefahr nicht in dem Maße vorhanden sein, wie sie uns geschildert wird. Dafür kann man sich auf die Thatlage berufen, daß so lange Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Deutschen Bunde vereint waren, das Gewicht seiner Zusammengehörigkeit schon das Gewicht hatte, daß Jahrgabente hindurch der Frieden nicht gefährdet worden ist gegenüber dem Deutschen Bunde (sehr richtig! links), während wir jetzt in Kriegsbedrohung stehen. Das ist die Sündensschuld des Bundeskrieges von 1866, daß wir die Frage diskutieren müssen, ob nicht eine Zeit kommen wird, wo die Angehörigen dieses Staates, die uns durch Geschichte, Blut und theilweise durch die Sprache und jedenfalls die Gemeinschaft der Interessen und Bildung nahe stehen, in der Stunde der Gefahr nicht gegen uns stehen könnten. (Sehr gut! links.) Meine Herren, wenn nun das alles, die ganze Existenz Oesterreich-Ungarns, in den Motiven vergessen ist, so kann diese Vergeßlichkeit schon einiges Mißtrauen gegen die Motive überhaupt einflößen. Soweit die Vorlage auf die auswärtige Politik Bezug nimmt, wird noch hervorzuheben sein, daß die auswärtige Politik des Deutschen Reichs das Vertrauen der Bevölkerung heutigen Tages nicht mehr in dem Maße besitzt wie ehemals, vor Allem deshalb, weil unsere Regierung sich nicht die geringste Mühe giebt, Volk und Volksvertretung über Ziel und Zweck ihrer auswärtigen Politik zu verständigen. Manchmal bekommen wir Mittheilungen über die auswärtige Politik, dann auch wieder nicht, hat sich ein großer Federkrieg mit England abgepielt, dann bekommen wir einen weiteren Stoß von Weiskühnen mit allen Notizen und Telegrammen; wenn sich aber dann die Karolinenfrage anders abwickelt, so bleiben wir ohne jegliche Aufklärung. Kurz vor unserer diesjährigen Sommeression wurde sehr feierlich in dem Organ des Herrn Reichskanzlers mit scharfer Spitze nach links angezeigt, daß diese außerordentliche Session dazu benutzt werden sollte, um die auswärtige Politik und die Sünden der Linken zu erörtern. Gespannt kamen wir her, harmlos gingen wir nach 3 Tagen wieder heim, die auswärtige Politik war nach wie vor Geheimniß der Reichsregierung geblieben. Ja, wenn wir in allem so im Dunkeln gelassen werden, so wird der Reichskanzler sich schließlich auch nicht wundern dürfen, wenn wir ihn nun auch nicht mehr so blind folgen wie vordem. Dazu kommt, daß manche seiner Folge in letzter Zeit uns recht unverständlich geblieben sind. Ich will nur hinweisen auf die Anrufung des päpstlichen Richterpruches und auf die Entwidlung in der Sympathie für Fürst und Land haben wir mit Behmuth zusehen müssen, wieunter brutaler Ausübung des Rechtes des Stärkeren dort verfahren ist. Unsere Regierung wird ihre guten Gründe gehabt haben zu ihrem Verhalten und ich sage das alles nicht im Sinne eines Vorwurfs, aber ich meine, die Volksvertretung hätte Anspruch auf Mittheilung der Gründe dieses Verhaltens. Dann wird auch das Vertrauen in die auswärtige Politik wieder sich steigern. Meine Herren, außer dieser allgemeinen Politik, die damit von meiner Seite erledigt ist (große Weiterkeit), finden wir in der Vorlage keine eigentliche Begründung, denn das eine Prozent der Bevölkerung ist doch rein mechanisch gegriffen. Unsere Grenzen, um deren Schutz es sich handelt, haben sich seit 1871 nicht vergrößert; es wird auch zu erinnern sein, daß wir seitdem viele Millionen in Festungsbauten gesteckt haben, die

doch auch Vertheidigungszwecken dienen. Soll das gar nicht in Betracht kommen? Ein Hauptbedenken ist für mich, daß nirgends eine Deckung der Mehrausgaben vorgeschlagen ist, sondern man uns einfach auf die Matrifularumlagen verweist. Damit wird in die Finanzen der Einzelstaaten eine heillose Vermittlung gebracht und das ganze Odium der neuen Steuern fällt auf die Einzelstaaten zurück. Gerade an die Vertreter der Einzelstaaten möchte ich die Bitte richten, wohl zu überlegen, ob man auf diese Art, wenn man der Vorlage Heeresfolge leistet, nicht den Akt abläßt, auf dem heute die Einzelstaaten noch sitzen. Was ist dann weiter für die späteren Ausgaben uns zugemuthet? Wir sollen einen Wechsel auf den kommenden Reichstag ziehen, der die Deckung beibringen soll. Wie können wir das konstitutionell verantworten, und wie können wir die Verantwortung dafür unseren Nachfolgern zuschieben? Sympathisch ist mir die Erhöhung der Präsenzzeit, weil nämlich die Volkspartei von jeder für die christliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht eingetreten ist. Uns war es von jeher ein Dorn im Auge, daß nicht Alles in die Militärpflicht hineingezogen ist, wie es uns auch heutzutage nicht recht erscheint, daß die Einjährig-Freiwilligen ein Monopol haben, das ihnen vom Standpunkt der staatsbürgerlichen Gleichheit nicht zukommt. Zu den Mehrbewilligungen können wir uns aber nicht verstehen. Denn trotz der Ausführungen des Finanzministers über Bier, Branntwein und Tabak sehen wir in der fortwährenden Steigerung der Lasten eine schwere Gefährdung des Volkswohlstandes. Den Ausweg zeigt hier die Vorlage selbst, welche die Frage aufwirft, ob etwa die Mittel zur höheren Präsenzzeit durch Herabsetzung der Dienstzeit auf 2 Jahre beschafft werden können. Ich möchte dazu noch die Erwägung geben, ob man die notwendigen Mittel nicht durch andere Ersparnisse innerhalb des Militärwesens herbeiführen könne. Ueber die zweijährige Dienstzeit bin ich einigermassen ängstlich zu sprechen, denn so wie einer, der nicht selbst Militär ist, auf dem Gebiet des Militärwesens seine Meinung äußert, erhebt sich einer der Herren von der rechten Seite und erklärt ihm unumwunden: Laie, hebe dich weg von hier, du verstehst von allen den Dingen gar nichts! (Weiterkeit.) Es scheint mir aber doch Pflicht, das hier zum Ausdruck zu bringen, was in weiten Kreisen des deutschen Volkes, beinahe in allen bürgerlichen Kreisen als feste Ueberzeugung lebt. Die Frage der Herabsetzung der Dienstzeit ist heute von der Reichsregierung als diskutabel hingestellt und ich bin der Meinung, daß, nachdem die Frage einmal in Fluß ist, sie nicht mehr aufhören wird, uns zu beschäftigen, als bis die Präsenzzeit herabgesetzt ist. Die allgemeine Situation, die beiden Feinde zu gleicher Zeit, die Nothwendigkeit, für die ersten Waffententfcheidungen Mannschaften zu haben, sind keine durchschlagenden Gründe. Man pflegt sich ferner für die dreijährige Dienstzeit auf militärische Autoritäten zu beziehen, vor denen ich gleichfalls allen Respekt habe. Aber gerade die heutigen Ausführungen des Kriegsministers zeigen uns auch, welcher großer Unterschied zwischen den Anschauungen des einseitig ausgebildeten Technikers und denen ist, die der Abgeordnete haben muß, der diese Frage im Zusammenhang mit unserer ganzen Finanzpolitik untersuchen soll. Auf sehr vielen Gebieten des Militärwesens könnte man Ersparnisse machen, wenn man will; da ist manches noch auf äußere Pracht und äußeren Prunk mehr als nothwendig gerichtet. Es blieben da erhebliche Summen übrig, um mehr Rekruten als bisher zu den Fahnen einzuwerben und auszubilden, und damit wäre uns in der Hauptfache gedient. Wenn die Regierung uns in dieser Richtung entgegenkommen wollte, dann wäre die Kommission in der Lage, ein erprobliches Resultat zu erzielen. Die Regierung hätte sich dann durch ihr Entgegenkommen unendlich größere Verdienste um das Vaterland und um ganz Europa erworben, als wenn sie fortfährt, von Jahr zu Jahr, im einseitigen Hinblick auf die Nachbarstaaten, die Militärausgaben zu erhöhen. (Beifall links.)

Darauf wird die Verathung um 4½ Uhr auf Sonnabend 12 Uhr vertagt.

Lokales.

An der Ecke der Breitenstraße und des Schloßplatzes hat man jetzt seine liebe Noth, das Erdreich von den mannigfachen alten Fundamenten zu reinigen, welche sich hier im Laufe der Jahrhunderte neben und über einander angesammelt haben. Sie gehen bis ganz in die erste Zeit der Bebauung von Köln zurück, denn ganz unten stößt man auf mächtige märkische Ringmauern. Die Reste können von der Mauer des Dominikanerklosters stammen, nach welchem die Brüderstraße ihren Namen hat. Sie könnten aber selbst zu den Stadtmauern gehören, welche Kurfürst Friedrich I. 1442 niederriß. Denn dieselbe machte nothgedrungen vom heutigen rothen Schloß aus einen Bogen, weil der Platz des heutigen Schloßes und des Lustgartens damals damals Sumpf und Wasser war.

Die Feststellung der Grenze zwischen Krankheit und Unfall verursacht bei der praktischen Handhabung der Unfallversicherung mancherlei Schwierigkeiten. Ein Arbeiter, der an einem Herzfehler leidet, wird mit dem Tragen einer durchaus nicht übermäßigen Last beauftragt; bei der Ausführung dieses Auftrages wird er plötzlich vom Schlage getroffen und verliert. Der Anspruch seiner Hinterbliebenen auf Entschädigung nach Maßgabe der Unfallversicherung wurde zurückgewiesen und zwar auf Grund des ärztlichen Gutachtens, wonach der Tod mit dem Tragen der Last in keinem ursächlichen Zusammenhang gestanden haben soll. — In einem anderen Falle erhielt ein Arbeiter infolge andauernder Beschäftigung mit Erdbarbeiten eine Entzündung knorpelartiger Schwielen an den Händen und es bildete sich an den verdickten Stellen nach einiger Zeit eine Entzündung aus, die eine bedeutende Verminderung der Erwerbsfähigkeit des Arbeiters zur Folge hatte. Auch in diesem Falle wurde die Entschädigung des Arbeiters nach Maßgabe des Unfallversicherungsgesetzes abgelehnt. Da nach dem ärztlichen Gutachten die Entzündung selbstständig sich entwickelt hat und nicht in Folge der Beschäftigung des Erkrankten mit den Erdbarbeiten entstanden sein soll. Das Reichsversicherungsamt bemerkt dazu, es würde im Interesse der Arbeiter selbst am besten sein, die Grenze zwischen Unfall und Krankheit zu verwischen, weil dies zur Folge haben würde, daß viele kränkelnde, z. B. an Herzfehlern leidende Arbeiter in versicherungspflichtigen Betrieben keine Beschäftigung erhalten würden. Das ist ein Compliment für unsere Arbeiter, wie wir es sonst von anderen Behörden und namentlich von der hohen Polizei nicht gewöhnt sind. Der Hinweis auf die Solidarität der Arbeiterinteressen wird in allen Arbeiterkreisen verstanden werden. Weniger aber dürfte man es verstehen, wenn der Entschädigungsanspruch illusorisch gemacht werden kann durch den Ausspruch des von der Berufsgenossenschaft zitierten Arztes. Sollen derartige Unterstellungen überhaupt gemacht werden, dann müßte die ärztliche Anschauung doch wohl in etwas zuverlässigerer Form dargelegt werden.

Der Kahnverkehr auf der Spree steht, wie Baurath Dvöl am Mittwoch im Zentralbüro der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt ausführte, nicht hinter dem der Weichsel, der Elbe, der Oder oder des Rheins zurück. Der gesammte Wasserverkehr Berlins besizt sich auf 3716 605 Tonnen, von welchen allerdings nur 358 000 Tonnen auf den Transitverkehr entfallen, aber dieser Durchgangsverkehr sei schon ein so bedeutender, daß zu seiner Bewältigung 6800 der stärksten Hinterschiffe, oder jeden Tag 16 Büge erforderlich wären. Der Verkehr im vorigen Jahre besizt sich auf ca. 560 Rähne täglich bei 340 Schiffsahrtstagen. Dem aufgetauchten Projekte der Ausschüttung des einen Spreearmes nach dem Kupfergraben und der Errichtung eines Boulevards könne man nicht zustimmen, da immer noch 25 Schiffe denselben täglich passieren. Zur Abhilfe empfiehlt der Redner die bereits geplante Senkung des

Wasserspiegels, die Errichtung eines 71 Meter langen und 8,6 Meter breiten Wehres an den Dammhühlen, Regulirung der Ufermauern an der Burgstraße, Erweiterung der Durchlässe der Rauhfüßenbrücke, Entferrnung der Dammfundamente, welche die Spree verengen, Ausbaggerung der Spree vom Charlottenburger Wehr bis zur Mühlgraben-Abzweigung. Zur Beschleunigung der Spree regulirung sei der baldige Abbruch des Speichers und der sog. kleinen Mühle an den Dammhühlen wünschenswerth. Vor allem aber müßten mehr Landungsplätze geschaffen werden, um den Schiffer unabhängigiger von den Fuhrherren zu machen. Auch das Schleusenwesen müßte regulirt werden, daß außer der Schleuse am Spanbauer, der zwei am Charlottenburger Kanal und in Berlin der Stadtschleuse und der Schleuse am Unterbaum freier Verkehr von der Elbe bis zur Oder herrsche.

Ueber die Konservirung der Schlittschuhe schreibt man dem „Wassersport“: Gewiß die meisten Schlittschuhläufer haben bereits ihrem Kerger darüber Lust gemacht, daß ihre Schlittschuhe, nachdem dieselben ihren Sommerschlaf gehalten, beim Beginne der Eisperiode theilweise oder total verrostet sind. „Ich hatte sie doch so schön eingölt!“ Ja, das ist es ja eben. Polirter Stahl eingölt und ein halbes Jahr und länger hingelegt, rostet immer. Es giebt nur ein Mittel, einen Schlittschuh von Rost frei zu halten, und das ist tüchtiges Abputzen und Aufbewahren an einem absolut trockenen Orte. Das Biegen kann man einmal während der Sommerzeit um Ueberflus wiederholen. Reine Schlittschuhe hängen beispielsweise stets über meinem Scheibpulte ohne jede Umhüllung. Ein Fingerzeig für die Behandlung der Schlittschuhe für die Winterzeit dürfte vielleicht hier ebenfalls am Plage sein. Nach dem Schlittschuhlaufen säubere man die Schlittschuhe oberflächlich mit Papier vom Schnee, trockne dieselben, zu Hause angelangt, gut ab; wische den Stahl so lange mit einem gut trockenen Luche ab, bis er nicht mehr beschlägt, und lege die Schlittschuhe an einen warmen Ort, oder hänge sie, wie ich es mache, am Gaskorn über der Maschine in der Küche auf. Nachdem die Schlittschuhe vollständig die Zimmertemperatur angenommen haben, putze man dieselben einfach mit trockenem Pappulver über, und man wird das Vergnügen haben, nach der Eisbahn stets mit blanken Schlittschuhen gehen zu können, was ja doch ein Stolz für jeden Eisläufer ist.

Ein drängendes Gefühl bemächtigte sich der Passanten der Leipzigerstraße, welche am Donnerstag an dem neuen Gebäude der Wilhelmstraße einen Maler an den niedergelassenen Kollaloufen der vierten Etage außerhalb des Fensters und frei auf dem Fenstersims stehend, bei seiner Arbeit thätig sahen. Allerdings besand sich vor dem Fenster ein kleines Geländer, das dem Manne aber noch nicht bis zum Arme reichte und ihm deshalb eher gefährlich werden als Schutz gewähren konnte. Daß den auf Bauten beschäftigten Arbeitern, die sich öfter in ähnlichen Situationen befinden, oftmals das Gefährliche ihrer Lage gar nicht mehr zum Bewußtsein kommt, mag ja richtig sein; aber wenn irgendwo, so sind gerade für Bauarbeiter Unfallversicherungsbedingungen dringend nöthig, welche die große Gefährlichkeit dieser Betriebe wesentlich mildern würden. Wer es einmal als Privatmann und um seine Erfahrungen zu bereichern, unternommen hat, die schwindelnde Höhe eines eben vollendeten Rohbaues zu erklettern, und von dort herab in die graufige Tiefe der Etagen zu blicken, der kann sich ein Bild davon machen, welche entsetzlichen Folgen der geringste Fehltritt und die kleinste Unachtsamkeit haben kann.

Selbstmord. Am 2. d. M., Nachmittags gegen 6 Uhr, erschoss sich im Thiergarten am Spielplatz in der Nähe der Friedens-Allee eine unbekante, etwa 25 Jahre alte Dame mittels eines Revolvers. Bei ihrer Leiche fand man mehrere Dokumente und Schriftstücke, welche dem Kriminal-Kommissariat zugeföhrt worden sind, während die Leiche selbst zum Leichen-schauhause gebracht wurde.

Vermißt wird seit dem 30. November Mittags 11½ Uhr der 17jährige Wilhelm Küster, welcher sich aus seiner Wohnung entfernte, um seinen Bruder zu besuchen. Da er aber da nicht ankam und seitdem spurlos verschwunden ist, so denken seine Eltern, daß ihm ein Unglück passiert ist. Derselbe ist 1,72 m groß, hat braune Augen, schwarze Haare, volles Gesicht und war bekleidet mit dunkelblauem Eskimo-Ueberzieher, rothgestreifter Kammgarnhose und braunem Jacket. In seinem Besitz befanden sich 12 M. Alle Auskünfte sind zu richten an Karl Treubert, Schönleinstr. 23 VI.

Duell. Am letzten Sonnabend hat nach dem „Berl. Ztbl.“ in der Umgebung Berlins ein Duell mit tödtlichem Ausgang stattgefunden. Der Herausforderer war ein hiesiger höherer Offizier, sein Gegner der Amtsrichter H. aus Düsseldorf. Die Forderung lautete auf Pistolen unter sehr schweren Bedingungen. Amtsrichter H. erhielt einen Schuß in den Unterleib und wurde, da die Verletzung sich als eine lebensgefährliche erwies, noch an demselben Tage nach dem königlichen Klinikum in der Biegelstraße gebracht, wo er vorgestern verschied. Die militärärztliche Untersuchung soll bereits eingeleitet sein; über die Ursache des Duells verlautet nur, daß der betreffende Offizier sich durch Briefe des Amtsrichters, die in seine Hände gefallen waren, schwer verletzt geföhlt habe. Von anderer Seite her erhalten wir die folgende allem Anschein nach mit der vorher in Verbindung stehende Nachricht: „Vorgestern stand hier der auf einer Reise befindliche Amtsrichter Emil Hartwich aus Düsseldorf im 44. Lebensjahre. Durch seine Besürmung des Turnens, der Jugendspiele u. s. w. hat er sich in den letzten Jahren in der Oeffentlichkeit sehr bekannt gemacht.“

Polizei-Bericht. Am 2. d. M. Nachmittags wurde ein Mann, anscheinend betrunken, im Fluß des Hauses Mariannenstraße 23 liegend vorgefunden. Er sollte nach der Polizeiwache gebracht werden, starb jedoch auf dem Wege dahin. Die Leiche wurde nach dem Leichen-schauhause gebracht. — Um dieselbe Zeit wurde der Arbeiter Richter aus Nordost in der Friedenstraße krank auf dem Bürgersteig liegend vorgefunden und nach der nächsten Polizeiwache gebracht, wo er bald nach seinem Eintreffen starb. — Ebenfalls am Nachmittage erschoss sich ein etwa 24 Jahre alter Mann, anscheinend Arbeiter, auf demselben Platz in selbstmörderischer Absicht mit einem Revolver einen Schuß in den Kopf bei. Er wurde noch lebend nach der Charitee gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Aus Anlaß der Spremberger Krawalle wird uns aus Cottbus noch nachträglich geschrieben: Es könnte auffallend erscheinen, daß der Subderrum in dem famosen Spremberger Krawalleprozess zumeist leer war. Dieser Umstand ist jedoch keineswegs auf die Gleichgültigkeit der hiesigen Arbeiterbedürftigung zurückzuführen, sondern dem Umstande zuzuschreiben, daß den Arbeitern in den meisten Fällen die Eintrittskarten verweigert wurden. Gleich am ersten Verhandlungstage, am 8. November, machten eine Anzahl Arbeiter den Versuch, in den Subderrum zu kommen, sie wurden jedoch von den am Eingange des Gerichtsgebäudes postirten Gendarmen zurückgewiesen, weil sie keine Eintrittskarten hatten. (Wir wollen hierbei nur bemerken, daß eine Anzahl Berliner Zeitungen einen Berichterstatter der Unwahrheit jenen, als er meldete, daß vor dem Gerichtsgebäude eine Anzahl Leute vor dem Gerichtsgebäude versammelt waren, die vergeblich um Eintritt in den Gerichtssaal baten. Die Redaktion.)

† Neben dem großen Arbeiterinnen-Prozess gegen vier Vorstandmitglieder des Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen, der gestern im großen Schwurgerichtssaal vor der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts 1 statt-

fand und über den oben ausführlich berichtet ist, war gegen sechs Vorstandmitglieder des „Mantelnäherinnen-Vereins“ gestern eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht anberaumt worden. Angeklagt waren 1) Frau Buge, 2) Frau Krankemann, 3) Fräulein Dittke, 4) Fräulein Wabnitz, 5) Fräulein Schulz und 6) Fräulein Bredensfelder des Vergehens gegen das Vereinsgesetz, nämlich als Vorsteher eines Vereins, der bezweckt, politische Gegenstände zu erörtern, Frauenpersonen aufgenommen und mit anderen ähnlichen Vereinen in Verbindung getreten zu sein. Der Vorsitzende des Gerichtshofes, Amtsgerichtsrath Radikus, gab eine sehr ausführliche Darstellung des Inhalts der Anklage, aus der folgendes mitgetheilt sein möge. Der Fachverein der Berliner Mantelnäherinnen wurde am 26. Januar 1886 gegründet und am 28. Mai d. J. nach viermonatlichem Bestehen politisch geschlossen. Die Leitung des Vereins lag in Händen von elf Personen und als Zweck des Vereins war im Statut die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Mantelnäherinnen und die Bildung eines unentgeltlichen Arbeitsnachweises unter Anderem bezeichnet. Die Abhaltung öffentlicher Versammlungen, an denen Kaufleuten und Schneidern der Branche theilzunehmen gestattet war, sah das Statut ausdrücklich vor; auch bestand das Bureau dieser Versammlungen ausnahmslos aus Vorstandmitgliedern. Es sollen nun in verschiedenen dieser öffentlichen Versammlungen Gegenstände politischer Natur erörtert werden sein; so der Normalarbeitsstag, die gesetzliche Sonntagsruhe. Am 12. Februar kritisirte der Reichstagsabgeordnete Adiger die Bestrebungen der Innung und empfahl eine feste Organisation; am 6. April forderte Frau Buge zum Abonnement auf die „sozialistische“ „Staatsbürgerin“, redigirt von Frau Guillaume-Schaaf, auf. Auch diese beiden Thatsachen sieht die Anklage als beschuldigend an. Sie zieht den Schluß, daß die „soziale Frage“ im Verein zur Erörterung gekommen sei, „der wichtigste Gegenstand der inneren Politik“. Aus den Untersuchungsakten gegen den Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen wird dann weiter geföhrt, daß dieser Verein ebenfalls politischer Natur gewesen sei und dann aus der beschlagnahmten Korrespondenz der Frau Buge der Beweis unternommen, daß eine Verbindung zwischen beiden Vereinen bestanden habe. Unterstützt wird diese Behauptung durch den Hinweis darauf, daß Fräulein Wabnitz, die zur zweiten Vorsitzenden des Mantelnäherinnen-Vereins gewählt worden sei, gleichzeitig noch dem anderen genannten Verein als Mitglied angehört habe. Soweit die Anklage. Der Vorsitzende theilte nun mit, daß die erste Ferienstrammer die Sache zur Verhandlung und Entscheidung an das Schöffengericht überwiesen habe, trotzdem die Staatsanwaltschaft selbst die Verhandlung an die Strafkammer zu verweisen beantragt hatte, da sie die „Schlichtung des Vereins“ zu beantragen gedanke. Diesen Antrag nahm in der gestrigen Verhandlung der Staatsanwalt wieder auf und erreichte auch, obwohl der Vertheidiger widersprach, daß das Schöffengericht sich für unzuständig erklärte. So wird die Sache vor einer Strafkammer demnächst zur Verhandlung kommen.

Rangirt ein Stiefvater unter den Begriff „Eltern“? Diese uneres Wissens bisher noch nicht an maßgebendster juristischer Stelle zur Erörterung gelangte Frage beschäftigte am Donnerstag anlässlich eines konkreten Falles den Strafkammer des Kammergerichts in der Revisionssinstanz. In einem Dorfe der Provinz Posen waren nämlich zahlreiche Einwohner wegen Nichtabhaltung ihrer Kinder zum Schulbesuch angeklagt und bis auf die darunter befindlichen Stiefväter auch von der Strafkammer zu Posen verurtheilt worden. Für die Freisprechung der Stiefväter hatte die Strafkammer geltend gemacht, daß § 48 Tit. 12 Thl. I. N. L. M. nur die „nachlässigen Eltern“, welche ihre Kinder nicht zum Schulbesuch anhalten, verantwortlich mache, und daß es sich hiernach darum frage, ob darunter auch Stiefeltern zu verstehen seien. Eine präzise Bestimmung darüber existire nicht, und auch die Rabinetsordre vom 14. Mai 1825 streche nur von „Eltern und deren gesetzlichen Vertretern“. Da aber dem Stiefvater eine gesetzliche Einwirkung auf die Erziehung der Kinder nicht zustehe, so falle er auch nicht unter den Begriff „Eltern“. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Revision bei dem Kammergericht als höchstem Landesgerichtshof ein, doch beantragte die Oberstaatsanwaltschaft selbst Zurückweisung. Bei der Frage, wie der Stiefvater unterzubringen sei, wüßte man die Vormundschaftsordnung in Betracht nehmen, wonach nach dem Tode des Vaters die Mutter unter Aufsicht des Vormunds die Erziehung übernehmen solle. Es habe also nur Mutter oder Vormund, nicht aber der Stiefvater ein elterliches Recht gegenüber dem Stiefkinde. Das Kammergericht erkannte hierauf auf Zurückweisung der Revision. Das Gesey lege — so wurde ausgeführt — die Erziehung den Eltern auf und gestehe weder dem Vormund noch dem Stiefvater gleiche Rechte zu. Durch die Vormundschaft übernehme der Vormund nur die Sorge für die Person des Kindes, die Erziehung verbleibe unter seiner Aufsicht der Mutter. Der Stiefvater sei also unverantwortlich und daher seine Bestrafung hier unzulässig. Ein Vormund aber wäre nur dann verantwortlich, wenn er die Vormundschaft von elternlosen Waisen übernommen habe.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die Noth im Osten Londons. Die Dezember-Nummer des „Fornightly Review“ enthält unter dem Titel: „Der Auswurf Londons“ aus der Feder des mit den Verhältnissen vertrauten Geistlichen Keane eine Schilderung des grenzenlosen Elends im Ostende der Metropole. Von den 800 000 Einwohnern dieses Stadttheils wohnen nur etwa 180 Familien in Privathäusern, für welche 60 Pfd. Sterl. Miete jährlich gezahlt wird. Der Hunger kommt als Erbtheil vom Vater auf den Sohn. Der Knabe im Ostende bildet einen ganz anderen Schlag, als in den übrigen Stadttheilen. Frauen arbeiten für 3 d (1 s = 1 Mark, 1 d = 8 Pfennige) die Stunde, 12, 14 oder 16 Stunden den Tag. Kleiden werden genäht für 3 d das Stück, flanelle Unterhosen für die Invaliden von Chelsea für 1 s 3 d pro Duzend, Gamaschen für Soldaten für 2 s das Duzend. Das Elend im Ostende ist nicht vorübergehend, es ist chronisch, es beruht, wie ein Mansion-House-Bericht sagt, in den ökonomischen Bedingungen. Die Leute kämpfen dagegen, aber es ist ein Kampf mit dem Schicksal. Dann häuft sich in dieser Armenstadt „der Abfall Londons“. Dieses Jahr ist das Dofen- und Obfpyküden schlechter gegangen und ist daher der Sommer keine Zeit der Erholung gewesen. Die Berichte der Armenpfleger scheinen zu ergehen, daß das Elend dieses Jahr nicht ungewöhnlich groß ist, aber nur dem Scheine nach, da das Armenge sey jetzt mit größerer Schärfe gehandhabt wird.

Das neue Arbeiterschutzgesetz in Frankreich und das geltende Recht in Deutschland. Der französische Handelsminister hat, wie wir meldeten, vor einigen Tagen der Deputirtenkammer einen Gesetzentwurf zur Regelung der Kinder-, Mädchen- und Frauenarbeit in den Fabriken überreicht, dessen Bestimmungen auch für uns von großem Interesse sind und zu einem Vergleiche mit den in Deutschland geltenden Vorschriften zwingen. Durch ein Gesey von 1874 war in Frankreich bestimmt, daß Kinder unter 12 Jahren nicht in Fabriken arbeiten durften, nur in gewissen Industriezweigen konnten unter der Bedingung, daß sie nicht länger als sechs Stunden täglich beschäftigt würden, auch Kinder zwischen 10 und 12 Jahren arbeiten. In Zukunft will die französische Regierung alle Kinder unter 13 Jahren von der Fabrikarbeit ausschließen. Die deutsche Gesetzgebung schreibt vor, daß Kinder unter 12 Jahren überhaupt nicht, solche zwischen 12 und 14 Jahren nur bis sechs Stunden täglich in Fabriken beschäftigt werden können, wenn, so lange sie

zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, für einen regelmäßigen Unterricht von drei Stunden täglich Sorge getragen wird. Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden. Für Kinder und jugendliche Arbeiter bestehen noch besondere Bestimmungen über Pausen während der Arbeitszeit, so wie Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit, andererseits sind auch gewisse Ausnahmen zulässig. In Frankreich war bisher nur für Kinder und minderjährige Mädchen, nicht aber für junge Leute männlichen Geschlechts die Nachtarbeit untersagt. Dieses Verbot will der neue Gesetzentwurf auf alle Arbeiterinnen ausdehnen, eine Ausnahme soll nur in Nothfällen durch das Ministerium getroffen werden können. Gleichzeitig will der Entwurf für alle Arbeiterinnen einen Maximal-Arbeitstag von 11 Stunden festsetzen. In Deutschland bestehen in Betreff der Arbeiterinnen, abgesehen von den jugendlichen, sehr wenige Bestimmungen; Wöchnerinnen dürfen die Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden, durch Beschluß des Bundesraths kann die Verwendung von Arbeiterinnen für spezielle Industriezweige, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, verboten werden, endlich ist die Verwendung von Frauen in Bergwerken unter Tage unzulässig. Die Bestimmungen des französischen Entwurfs über die Arbeiterinnen gehen, wie man sieht, weit über das in Deutschland bisher geltende Recht hinaus.

Ueber die Dresdener Wohnungsnoth heißt es in einem Schreiben des Rathes an die Stadtverordneten: Daß während des Winters dem notorischen Mangel an mittleren und kleinen Wohnungen in Dresden werde abgeholfen werden, läßt sich leider nicht erwarten, denn nach den von uns angestellten Erörterungen ist dieser Mangel ein Produkt verschiedener, durch behördliche Maßregeln keineswegs zu beseitigender Faktoren und Verhältnisse. Es ist statistisch nachgewiesen, daß die Bauhäufigkeit in der Zeit vom 1. Dezember 1880 bis zum 1. Dezember 1885 mit der Zunahme der Bevölkerung in dem gleichen Zeitraum durchaus nicht Schritt gehalten hat. Die Bevölkerung hat in der Zeit zwischen den letzten beiden Zählungen um 25 251 Köpfe zugenommen, während in dem vorgehenden Jahresfrist die Zunahme nur 23 523 Köpfe betrug. Von diesem Gesamtzuwachs kamen in der Zeit vom 1. Dezember 1875 bis zum 1. Dezember 1880 auf den Ueberschuß der Zugewogenen über die Weggezogenen 11 096 = 47,17 Prozent, vom 1. Dezember 1880 bis zum 1. Dezember 1885 = 57,37 Prozent. Für die Nachfrage nach Wohnungen fällt die Vermehrung der Bevölkerung um so schwerer ins Gewicht, je größeren Antheil an dieser Vermehrung die Einwanderung hat. Der Zugang an Lebendgeborenen verstärkt wohl den Bestand der Familien und mag diese in einer Mehrzahl von Fällen nöthigen, kleine mit größeren Wohnungen zu vertauschen, die Zugänge erhöhen dagegen zum Theil die Zahl der Haushaltungen und bei der herrschenden Einkommensvertheilung vor allem die Nachfrage nach den mittleren und kleinen Wohnungen. Die äußeren Gründe des eingetretenen Wohnungsmangels sind also vor allem in der konstanten Thatsache verstärkten Zuganges in den letzten fünf Jahren zu suchen. Wenn nun andererseits nach der in den Verwaltungsberichten der Baupolizei enthaltenen Statistik genehmigter Wohnhausbauten die Herstellung der mittleren Wohnungen von 2 bis 4 Heizstätten in dem fraglichen Zeitraum den stärksten Rückgang erkennen läßt und die Summe der überhaupt leerstehenden Wohnungen innerhalb desselben Zeitraumes von 2278 auf 725, d. i. von 100 auf 31,82, sich verringert hat, so darf in der That der Eintritt der gegenwärtigen Krise nicht Wunder nehmen.

Vereine und Versammlungen.

Eine große Wählerversammlung findet am Sonntag Vormittag 11 Uhr in der Urania, Brangelstraße 9, statt. Wähler aller Parteien vom ersten Wahlkreis sind dringend eingeladen.

Verband der Möbelpolier Berlins und Umgegend. Montag, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, Grüner Weg 29, Versammlung. Tagesordnung: 1. Weitere Aufstellung von Kandidaten zu der am selbigen Abend stattfindenden Delegirtenwahl der Ortskrankenkasse der Möbelpolier. 2. Berlesung der Kandidatenliste. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Trotzdem am vorigen Sonntag eine öffentliche Versammlung bei Säger, Grüner Weg 29, stattgefunden hat, war es nicht möglich, die nöthige Zahl der Delegirten aufzustellen. Das liegt nur an der Säumigkeit der Kassennmitglieder, welche kein Interesse daran haben, wie die Kasse verwaltet wird, sondern glauben, wenn sie ihre Beiträge entrichten, haben sie ihre Schuldigkeit gethan. Wollen wir wieder solche Delegirte wählen, wie im vorigen Jahre auf dem Rathhause, die in keiner Generalversammlung erscheinen? Denn von 76 gewählten Vertretern waren in der außerordentlichen Generalversammlung am 15. August außer dem Vorstand 17 Delegirte anwesend, und daß unter solchen Umständen nichts Ersprießliches erzielt werden kann, ist wohl hiernach klar. Selbst in der Generalversammlung am 21. v. M. waren nur ca. 25 Arbeitnervretter und 12 Arbeitgebervertreter anwesend. Es sollte den Kassennmitgliedern gleichgültig sein, wenn die Arbeitgebervertreter nur in geringer Zahl oder garnicht erscheinen, aber von den Vertretern der Mitglieder müssen wir verlangen, daß alle, welche sich als Delegirte wählen lassen, auch ihre Schuldigkeit thun. Da am 6. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Keller, Andreasstr. 21, diesmal ca. 80 Vertreter der Arbeitnervretter und 40 Vertreter der Arbeitgeber zu wählen sind, so hat der Verband der Möbelpolier Berlins und Umgegend" obige Versammlung einberufen, um vorher eine Liste solcher Kollegen aufzustellen, welche, wenn sie als Delegirte gewählt werden, auch ihre Pflicht erfüllen. Erscheine daher jeder Kollege rechtzeitig, also um 6 Uhr, da spätestens um 8 Uhr die Verbandsversammlung geschlossen wird.

Von Herrn W. Schreyer, Kassirer der Ortskrankenkasse der Tischler und Pianofortearbeiter Berlins, Eichendorffstraße 14, erhalten wir folgendes Schreiben mit der Bitte, dasselbe zu veröffentlichen: Im Berliner Volksblatt vom Mittwoch, den 1. Dezember 1886, befindet sich unter der Rubrik "Vereine und Versammlungen" auch eine Mittheilung vom Fachverein der Tischler, in welcher auch der "Adressenschacher" der Ortskassirer beleuchtet wird, und nehme ich hiermit Veranlassung dagegen zu protestiren. Wenn der Arbeitsnachweis von dem früheren Kassirer als ein Nebengeschäft betrachtet und behandelt wurde, so sind, soweit mir bekannt, die Verhältnisse bei den heutigen Kassirern anderer Natur und war es von dem Fachverein der Tischler jedenfalls mindestens voreilig, von einem Adressenschacher der Ortskassirer zu sprechen, ehe sich die Kommission dessen genau versichert hatte. Gleich nach Beginn meiner Thätigkeit als Kassirer wurde an meiner Thür ein Schild mit der Aufschrift "Arbeitsnachweis" findet hier nicht statt, das Arbeitsnachweism Bureau befindet sich Blumenstraße 56" besetzt. Dasselbe hängt auch noch heute an derselben Stelle. In den ersten 14 Tagen war es unvermeidlich, daß sich Gesellen einstellten und wegen Arbeit anfragten. War mir eine Adresse bekannt, so hatte ich keine Veranlassung, dieselbe zu verschweigen; doch geschah dies stets mit dem Bemerkens, daß für die Folge eine Arbeitsnachweisung hier nicht bestehe, sondern wie an der Thür geschrieben steht, "Blumenstr. Nr. 56". In keinem Falle ist aber diese Arbeitsnachweisung gegen irgend welches Entgelt geschehen und ist es somit sehr erklärlich, daß ich von der Noth, in welcher von einem "Adressenschacher" der Kassirer gesprochen wurde,

gerade nicht angenehm berührt worden bin. In jedem Falle bitte ich, Anklagen nicht eher in die Welt zu posaunen, als bis diese erwiesen sind.

Wir veröffentlichen diese Einwendung des Herrn Schreyer, weisen jedoch darauf hin, daß in dem uns vom Schriftführer des Fachvereins der Tischler zugegangenen Versammlungsbericht durchaus nicht angegeben ist, daß die jetzigen Kassirer der Ortskrankenkasse "Adressenschacher" treiben. Daß die früheren Kassirer sich in dieser Hinsicht manchen zu Schulden kommen ließen, wird auch Herr Schreyer nicht bestreiten. Die Red.

Der Fachverein sämtlicher an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigter Arbeiter hielt Montag, den 29. November, eine öffentliche Versammlung bei Säger, Grüner Weg 29, ab. Dieselbe beschäftigte sich hauptsächlich mit der endgültigen Beschlußfassung der Fragebogen. Ein Antrag, wonach zwischen Weihnachten und Neujahr eine Weihnachtbescheerung für Kinder stattfinden soll, wurde angenommen. Dasselbe findet am 30. Dezember, Andreasstr. 21, bei Keller, statt. Den arbeitstüchtigen Kollegen zur Nachricht, daß der Arbeitsnachweis des Vereins am heiligen Abend und ersten Feiertag, am Silvester und Neujahr geschlossen bleibt. Die nächste Versammlung findet am 13. dieses Monats, Grüner Weg 29, statt.

An die Tischlergesellen Berlins. Kollegen! Am 28. und 29. d. M. findet in Gotha ein Kongreß der Tischlergesellen Deutschlands statt. Derselbe soll sich u. A. mit dem arbeitserfindlichen Vorgehen des letzten deutschen Tischlertages zu Berlin und des allgemeinen deutschen Handwerkerkongresses zu Köln beschäftigen. Die letzte in "Sanssouci" abgehaltene öffentliche Versammlung der Tischlergesellen Berlins hat die reaktionären Beschlüsse der Innungsmeister aufs schärfste verurtheilt und beschloßen, den Kongreß zu Gotha durch zwei hiesige Delegirte zu besichtigen. Die Versammlung beschloß ferner, die Delegationskosten durch freiwillige Beiträge zu decken. Es wurde eine aus 7 Personen bestehende Kommission gewählt, an welche diese Beiträge abzuliefern sind. Die Kommission beschloß, in nachstehend verzeichneten Lokalen jeden Montag Abend von 8 bis 10 Uhr die freiwilligen Beiträge gegen Quittung in Empfang zu nehmen: 1. Belleallianceplatz 6 bei Hücker (durch Hartung), 2. Blumenstraße 56 in der Herberge (durch Müller), 3. Salzgierstraße 107 bei Kunstmann (durch Koppmann), 4. Salzgierstraße 18 bei Stramm (durch Brendenfeld), 5. Zionskirchplatz 11 bei Hohn (durch Ding), 6. Prinzstraße 96 bei Veier (durch Pillede). — Die Kongreßkommission. J. A.: Pillede.

Fachverein der Tischler. Die Zahlstellen des Vereins befinden sich in folgenden Lokalen: 1. Blumenstr. 56 auf der Tischlerherberge. 2. Salzgierstr. 107 bei Kunstmann. 3. Belleallianceplatz 6 bei Hücker. 4. Zionskirchplatz 11 bei Hohn. 5. Müllerstr. 184 bei Hering. 6. Grennfau- und Solmsstraßenecke bei Lindendorn und 7. Steglitzerstr. 91 bei Giergens. Dasselbst werden jeden Sonnabend von 8 bis 10 Uhr Abends Beiträge von den Mitgliedern in Empfang genommen und neue Vereinsmitglieder aufgenommen.

In der freireligiösen Gemeinde spricht heute, Sonntag, Vormittags 10 Uhr, Rosenhalestraße 38 Herr Schäfer über das Verhältnis von Unbesonnenheit und Ungerechtigkeit und Abends 7 Uhr dafelbst Herr Kandidat Howe über das Thema: Wie handelt der Mensch weise?

Der Fachverein der Berliner Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, chirurgischer und anderer Instrumentenmacher veranstaltet heute Abend in der Tonhalle, Friedrichstr. 112, sein erstes Stiftungsfest, bestehend aus großem Vokal- und Instrumentalkonzert, humoristischen Vorträgen und Ball. (Näheres siehe Anzeiger.)

Fachverein der Puher. Sonntag, den 5. Dezember, Vorm. 11 Uhr, Anselstraße Nr. 10: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheit. 2. Fragekasten. — Um zahlreiches Erscheinen wird erlucht.

Generalversammlung der Mitglieder des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter am Sonnabend, den 4. Dezember, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79. Tagesordnung: 1. Weitere Wahl des Vorstandes. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Jedes Mitglied ist verpflichtet, sein Mitgliedsbuch vorzubringen.

Den Mitgliedern des Fachvereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen zur Nachricht, daß die zum Sonntag, den 5. d. M., Vormittags 10½ Uhr, in Gratweil's Bierhallen stattfindende folgende Versammlung nicht stattfinden kann, da die Polizei die Erlaubnis nicht erteilt hat.

Verein der Berliner Bauanschläger. Sonntag, den 5. Dezember, Vormittags 10 Uhr, Vereinsversammlung bei Breuß, Craniensstr. 51. Quittungsbuch legitimirt.

Tischlerverein. Heute Abend 9 Uhr, Actuburgerstraße 4a Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Lehrer Hübler, und Bericht vom Stiftungsfest.

Im Verein der Raschmisten und Heizer wird am Sonntag, den 5. d. M., Nachmittags 5 Uhr, Neue Jakobstraße 24 25, Herr Ingenieur L. Strobel über eine technische Studienreise durch Süddeutschland berichten. Ueber Desinfektion der Pugsuppen in der Städtischen Desinfektionsanstalt wird Herr Eisner Mittheilung machen.

Kranken- und Begräbniskasse der Bau- und Fabrikarbeiter Berlins (E. S.). Außerordentliche Generalversammlung der Mitglieder am Sonntag, den 5. Dezember, Vormittags 10 Uhr, Raumnstr. 27, in Renz's Salon. Tagesordnung: Vorstandswahl. Kasienangelegenheit. — Das Kasienbuch legitimirt.

Gesang- und gesellige Vereine am Sonnabend: Gesangverein "Harmonia" Abends 8 Uhr im Restaurant, Alte Jakobstr. 38. — Gesangverein "Sängerlust" Ballisandstr. 9, Abends 9 Uhr. — Verein der Laubensfreunde Abends 8½ Uhr im Restaurant Almann, Laufgierstr. 41. — Dänischer Verein "Fregat" Abends 9 Uhr Rosenhalestr. 39. Dänische Blätter sind vorhanden. — Verein der Württemberger Abends 8½ Uhr bei Raibinger, Dorotheenstr. 84. — Rauchklub "Qualim" Abends 9 Uhr im Restaurant Lamm, Schönhauser Allee 28.

Vermischtes.

Eine Versteigerung von "Belagerungsmünzen" fand, vorige Woche in Paris statt. Unter denselben war, wie man der "Voss. Ztg." mittheilt, die namhafteste ein 1534 in Münster geschlagener Thaler. Als die Stadt von dem Bischof belagert wurde, schickte Johann von Leyden, der König der Wiedertäufer, 28 seiner Jünger heimlich aus der Stadt, um bei seinen Anhängern in Holland Hülfstruppen zu sammeln. Jeder derselben nahm einen Thaler mit des Königs Bildniß als Erkennungszeichen mit sich. Einer dieser Thaler ist es, der hier zu 32 Franks versteigert wurde, eigentlich einem sehr geringen Preise im Vergleich zu folgenden. Ein 1540 zu Nizza während der Belagerung durch Türken und Franzosen geschlagenes Silberstück kam auf 320 Franks zu stehen. Eine Banknote von 20 Franks, welche in Velfort während der Belagerung von den dortigen Behörden ausgegeben worden und von dem Befehlshaber Desferet-Kochereau, dem Präfecten und Obereinnehmer, unterschrieben war, erzielte 30 Franks; eine ähnliche auf fünf Franks lautende Banknote brachte es auf 20 Franks.

Was ist der Geldwerth eines Schnurrebartes? Diese delikate Frage zu entscheiden, lag, wie der "Frankf. Ztg." aus London geschrieben wird, dem Polizeirichter Newton in Marlborough Street ob. Naac Julius und Samuel Schneider, zwei Schneidergesellen, arbeiteten friedlich miteinander in dem Atelier

in Bolandsstreet, da fiel es einem jungen Mädchen ein, den allerdings buschigen Schnurrebart des letzteren zu bewundern. Naac war das bewundernde Wort dem Gehege ihrer Zähne entflohen, so hörte man das Klappen einer Scheere — Naac hatte einen Schnauz seines Kollegen abgechnitten. Der Richter: Das ist ein Fall für Geldentschädigung. Wie hoch schätzen Sie ihren Schnauz? Das beste wird sein, wenn die streitenden Parteien ein friedliches Abkommen treffen. Da dieses nicht möglich war, setzte der Richter den Werth des abhandeln gekommenen Haarbüschels auf 10 Schillinge fest und verfallte den Naac Julius in die Kosten — oder 7 Tage Gefängnis.

Letzte Nachrichten.

Die Mannheimer Demokraten haben jetzt endlich wegen ihrer Stellung zu der auf Dienstag angelegten Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen Dissen und dem Sozialdemokraten Dreesbach einen Entschluß gefaßt. Wie der "Voss. Ztg." ein Privattelegramm aus Mannheim meldet, veröffentlicht die "Neue Bad. Landes." (nach einer Sitzung des demokratischen Vereins) einen Aufruf, in welchem die Mitglieder der Volkspartei aufgefordert werden, für Dreesbach einzutreten. Die Konventionen haben beschloßen, für Dissen zu stimmen, die Ultramontanen haben sich noch nicht entschieden. Treten die Demokraten wirklich energisch für Dreesbach ein, so dürfte dessen Wahl gesichert sein.

Verböten auf Grund des Sozialistengesetzes wurde die 31 Ottavseiten umfassende nichtperiodische Druckschrift: "Gesetz und Autorität" mit dem Druckvermerk: "International Publishing Company, 35 Newington Green Road, London".

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Duittung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Johannstadt, Dresden. In Berlin kostet ein Stadtpostbrief der Reichspost allerdings 10 Pf.

J. A. Brandenburgstr. Für die von Ihrer jetzigen Frau vor der Ehe eingegangenen Schulden haften Sie nicht. Sie müssen aber gewärtigen, daß bei Nichtzahlung der Miethsraten die Leihmöbel abgeholt werden und die gezahlten Miethsraten verfallen.

G. A. 10. Wilmersdorf gehört zum Bezirk des hiesigen Amtsgerichts II. Welche Abtheilung desselben den Buchstaben D bearbeitet, wissen wir nicht; Sie brauchen aber bei Eingaben an das Gericht die Abtheilung nicht anzugeben.

W. A. 57. Die Sache ist doch zu wichtig, um hier in wenigen Zeilen eine Beantwortung zu ermöglichen. Wenden Sie sich mündlich an die Redaktion.

G. L. 1. Sie scheinen die Noth nicht verstanden zu haben. Wir bedauern, Ihnen die nöthige Aufklärung durch den Briefkasten nicht geben zu können.

D. Wilmersdorf. Der 25. sozialdemokratische Abgeordnete (Geier) wurde am 2. März 1886 im 19. sächsischen Reichstagswahlkreis gewählt.

Markthallen-Bericht von J. Sandmann, städtischem Verkaufsbemittler, Berlin, den 3. Dezember 1886.

Geflügel. Die Preise gestalteten sich heute etwas günstiger, es brachten in der Auktion Gänse unter dem Halse geschneitten, vollständig gerupft, Flügel und Füße auf den Rücken gebunden, nicht gebrüht und nicht gefengt, 8-10 Pfd. schwere 45-55 Pf., über 10-15 Pfd. 50-62 Pf., Fettgänse über 15 Pfd. schwer sehr rar und gut bezahlt 63 Pf. und mehr per Pfd. Enten, Puten und Hühner sollen am Halle geschneitten sein. Der Kopf, die Flügel und Schwanzfedern werden nicht abgenommen. Junge Enten 1,50-2,50, fette Enten 50-65 Pf. per Pfd., über 10 Pfd. schwere fette Puten 70-80 Pf. per Pfd., Hühner 0,55 bis 0,80 und 1,20-1,70 M., Tauben 30 bis 40 Pf., Bouldarden 4,50-8 M. Mageres Geflügel schwerer veräußert. Lebende Gänse zum Rästen 2,00-3,00 M., lebende Enten 0,90-1,50 M. Auktion täglich im Bogen 4 um 6 Uhr Nachmittags.

Wild. Die Preise waren heute wieder höher, obgleich die Zufuhr reichlicher war. Mit dem 1. Dezember begann die Schonzeit für Rebhühner. Am Handel dürfen dieselben noch bis zum 14. geführt werden. Es wurden in der Auktion folgende Preise erzielt. Rehe ausgeweidet 70-83 Pf., II. 60-70 Pf. pr. Pfd., Hirsche, sehr starke und fehlerhafte 30-36, I. 35-40, Damwild 50 bis 70, I. a 40 bis 50 Pf. pr. Pfd., Schwein 30 bis 46, I. a 50 bis 66 Pf. pr. Pfd., Rebhühner, junge 1,30-1,60, alte 90-110 Pf., Fasanen hennen 2,50 bis 3,00, Fasanenbänne 3,50 bis 4,00 M., Hasen ausgeworfen, nur bei kalter Witterung mit Raubzahn auf Stangen von 10 Stück 3,65-4,05 M. pr. Stück, sehr kleine und sehr fehlerhafte entsprechend weniger. Kaninchen, ausgeweidet 45-55-70 Pf. pr. Stk., Krametsvögel 30-33 Pf. pr. Stk., Schneepfen 2,10-4,00, Belasinen 40-75 Pf. pr. Stk. Die Wildauktionen werden täglich im Bogen 4 um 6 Uhr Nachmittags abgehalten.

Fleisch. Nach Errichtung der Fleischschau in der Markthalle wird es möglich, den Verkauf von geschlachtetem Vieh hier zu vermitteln. Den Interessenten gebe ich gern jede nähere Auskunft. Der Fleischkommissionshandel in unserer Markthalle dürfte für viele Landwirthe und Schlächter von weittragender Bedeutung sein.

Obst und Gemüse. Größere Zufuhren sehr erwünscht. Die Preise steigend. Birnen 6,00 bis 8,50, Tafelbirnen 10-20, feinste Sorten 20-40 M., Aepfel 6,00-9,00 M., Tafeläpfel 10-20 M., feinste Sorten 20-36 M., Balaunäpfel 20-30 M., geringe 15 M. pr. Bt. Böhmisches Backsaugkraut 10-13 M. Magdeburger Sauerkraut 6-7 M. pr. Erbst. Weißfleischige Speisekartoffeln 3,00-3,60, rothe 2,80-3,00, blaue 2,80-3,20 pr. 100 Ko., groß Schiele 7-10 M., klein 3-7 M., Meerrettig 7-12 M., Zwiebeln 4,50-6-8 M., Blumenkohl 30-40 M. pr. 100 Stück, Kohlrüben 1,50-2,00 M. pr. Zentner.

Pflanzen. Rosen-Hochstämme 35-55, niedrigere edelle 15-20 M. pr. 100 Stück, Primeln 13-15 M. pr. 100 Stück. Auktion jeden Dienstag und Freitag um 5 Uhr Nachmittags. Geräucherter und marinierte Fische. En gros-Auktion täglich um 7 Uhr Nachmittags im Bogen 4. Regelmäßige Zufuhren erwünscht. Bratheringe per Pfd. 1,50-2,25 M., Ruffische Sardinen 1,50-1,60 M., Rheinlachs 2,50-2,90, Weser- und Ostseelachs 1,20-1,60, Flundern, kleine 2,50-5,00 M., mittel 7,50-16 M., große 18-27 M., Büdinge 1,80-4,00 M. pr. 100 Stück. Sprotten 60-80 Pf. pr. Riste, 15-25 Pf. pr. Pfd., Klei Sprotten 25 bis 35 Pf. pr. Pfd. Rauchsal mittel 1 M. pr. Pfd.

Butter. Tendenz flau. Preise unverändert. Da Qualität in größeren Posten vorhanden. Frische feinste Tafelbutter z. 120-125, feine Tafelbutter I. 110-118, II. 95-108 Pf., III. fehlerhafte 85 bis 90. Landbutter I. 90-96, II. 80 bis 85 M. Galzische und andere geringste Sorten 55-72 M. pr. 50 Ko.

Räse. Feiner Quadrat-Sahnenkäse Inapp und gut be. zahl. Emmentaler 70-75, Schweizer I. 56-63, II. 50-55, III. 42-48, Quadrat-Backstein I. fett 22-30, II. 12-18 M., Limburger I. 30-35, II. 20-25, Rheinischer Holländer Käse 45-58 M., echter Holländer 60-65 M., Edamer I. 60-70, II. 56-58 M. Größere Borräthe von Schweizerkäse sind zu begeben.

Eier 3,00 M. pr. Schock. Fische. Hechte 40-40 M. pr. Zentner.